



25.026

**Keine 10-Millionen-Schweiz!
(Nachhaltigkeits-Initiative).
Volksinitiative****Pas de Suisse à 10 millions !
(initiative pour la durabilité).
Initiative populaire***Fortsetzung – Suite*

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 22.09.25 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 25.09.25 (FORTSETZUNG - SUITE)

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 25.09.25 (FORTSETZUNG - SUITE)

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Wir führen die allgemeine Aussprache über die Volksinitiative in Vorlage 1 und die Debatte über das Eintreten auf den direkten Gegenentwurf in Vorlage 2 fort.

Schnyder Markus (V, GL): Ich spreche zur Nachhaltigkeits-Initiative, zur Volksinitiative "Keine 10-Millionen-Schweiz!". Ich empfehle sie zur Annahme und begründe das.

Zuerst muss ich einen kurzen Rückblick machen: Ich bin seit rund elf Jahren in der Politik tätig, meine Laufbahn startete, wie sich das gehört – die Ochsentour lässt grüssen –, auf kommunaler Ebene, namentlich im Gemeinderat von Glarus. Gewählt wurde ich, und das ist wichtig, am 9. Februar 2014. Vielleicht können Sie sich an dieses Datum erinnern; damals wurde nämlich die Masseneinwanderungs-Initiative der SVP von Volk und Ständen angenommen. Sie forderte im Wesentlichen – dies einfach als Erinnerung –, die Schweiz müsse die Zuwanderung selbstständig steuern. Das Volk erteilte mit der Annahme dieser Initiative dem Parlament einen glasklaren Auftrag, welcher bis heute nicht umgesetzt worden ist. Das ist nicht nur Arbeitsverweigerung, sondern auch demokratieverachtend, und dafür müsste sich das Parlament eigentlich schämen. Hätte man diesen Verfassungsauftrag nämlich umgesetzt, müssten wir heute nicht über die Nachhaltigkeits-Initiative debattieren und hätten vermutlich auch sonst deutlich weniger Probleme in unserem Land.

Apropos Probleme: An Problemen fehlt es uns derzeit nicht. Leider sind viele davon importiert und dennoch hausgemacht. Denken Sie an die verstopften Strassen, an die vollen Züge, an das stetig sinkende Niveau an unseren Schulen, an die zunehmende Gewalt, an die Wohnungsnot, an die hohen Miet- und Immobilienpreise, ja auch an die Strommangellage, an die stetig steigenden Gesundheitskosten, an die sinkende Kaufkraft und an die Finanzierungsprobleme unserer Sozialwerke. Klar, an alledem sind nicht die Zuwanderer schuld, aber wenn Sie die Ideologiebrille einmal ablegen, dann stellen Sie fest, dass all diese Probleme direkt oder zumindest indirekt eben doch auf die masslose und vor allem unkontrollierte Zuwanderung zurückzuführen sind.

Das direkte Problem ist offensichtlich: Es kommen einfach zu viele Menschen in unser Land, welche den Staat beanspruchen, anstatt diesem etwas zu bringen. Das indirekte Problem ist ebenso dramatisch: Durch das schnelle und unnatürliche Wachstum platzen unsere Infrastrukturen aus allen Nähten, und sie können auch mit bestem Willen nicht so schnell ausgebaut werden, wie das nötig wäre. Dazu fehlen nicht nur Geld, Personal und Platz, sondern auch die Fähigkeit einer Gesellschaft, solche Massen von Menschen nachhaltig zu integrieren.

Bevor ich zum Abschluss komme, möchte ich zwei Punkte feststellen:

1. Wenn eine Bevölkerung derart schnell wächst wie jene der Schweiz und der vermeintliche Fachkräftemangel dennoch immer grösser wird, müssen sich vielleicht auch die grössten Gegner unserer territorialen Grenzen einmal fragen, ob die Personenfreizügigkeit vielleicht gar nicht die Lösung, sondern eher die Ursache des Problems darstellt.

2. Wenn bei Ihnen zuhause eine Wasserleitung kaputt ist und das Haus mit Wasser vollläuft, dann können Sie selbstverständlich Kessel um Kessel unter das Leck stellen und Ihren Mitbewohnern erklären, dass Wasser



halt einfach wichtig sei und deshalb die Kessel voller Wasser im Haus stehen müssten. Wenn Sie Glück haben und Ihr Hausabwart ein SVPLer ist, dann wird er sich um die Ursache kümmern und wahrscheinlich einfach den Wasserhahn zudrehen. Ich schliesse mit einem Zitat von William of Ockham, der mal gesagt haben soll, die einfachste Lösung sei meistens die beste.

Stimmen Sie der Nachhaltigkeits-Initiative zu.

Nussbaumer Eric (S, BL): Geschätzter Kollege, Sie sagten einleitend, es sei demokratieverachtend gewesen, wie das Parlament die Volksinitiative damals umgesetzt habe. War es nicht eher folgendermassen: Es gab ein Gesetz, Sie hätten das Referendum ergreifen können, aber Sie waren nicht gewillt, das Referendum zu ergreifen?

Schnyder Markus (V, GL): Nein, ich habe gesagt, es sei demokratieverachtend, dass sie nicht umgesetzt wurde. Klar, auf dem Papier heisst es offiziell, die Initiative sei umgesetzt worden, aber in Tat und Wahrheit wurde sie eben nicht umgesetzt. Im Initiativtext stand damals im ersten Satz, die Schweiz steuere die Zuwanderung selbstständig – und das tut sie heute einfach nicht. Deshalb kann man nicht davon sprechen, die Initiative sei umgesetzt worden.

Egger Mike (V, SG): Geschätzter Herr Kollege, können Sie bestätigen, dass die Zuwanderung seit der parlamentarischen Nichtumsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative nicht beschränkt wurde und auch nicht eigenständig gesteuert wird?

Schnyder Markus (V, GL): Ja, das kann ich bestätigen. Die Zuwanderung hat sich wahrscheinlich sogar noch beschleunigt.

Widmer Céline (S, ZH): Die "Keine 10-Millionen-Schweiz!"-Initiative der SVP ist brandgefährlich. Sie ist gefährlich für das Erfolgsmodell Schweiz, gefährlich für unsere Wirtschaft, aber vor allem auch gefährlich für unsere Gesellschaft. Sie will das Asylsystem zerstören, und sie will unsere Beziehungen zu Europa ein für alle Mal zerschmettern. Sie ist ein Angriff auf unsere offene und vielfältige Gesellschaft.

Ich kann Ihnen sagen: Ich lebe mit meinen Kindern mitten im Langstrassenquartier in Zürich. Das ist ein Quartier der Vielfalt. Die Eltern der Schulkameradinnen und -kameraden meiner Kinder kommen aus Bangladesch, aus Eritrea und natürlich aus Deutschland, aus Österreich, aus Frankreich und aus der Ukraine. Diese Vielfalt nehmen wir als etwas Gutes wahr. Sie ist ein Gewinn für unsere Gesellschaft. Genau weil mein Zuhause ein Ort mit vergleichsweise vielen Ausländerinnen und Ausländern ist, bin ich überzeugt, dass die Initiative der SVP brandgefährlich ist. Sie ist eine Abschottungs-Initiative, die unsere offene, vielfältige Gesellschaft gefährdet.

Die Forderungen der Initiative sind ja nicht neu, überhaupt nicht. Sie stehen in einer historischen Linie mit der Schwarzenbach-Initiative, auch wenn die vorliegende Initiative nicht ganz so radikal ist. Sie schürt Ängste, und sie steht in der

AB 2025 N 1872 / BO 2025 N 1872

Tradition des fremdenfeindlichen Überfremdungsdiskurses, der in der Schweiz leider eine über hundertjährige Tradition hat. Er hat sich zwar etwas gewandelt, aber das Grundmotiv bleibt gleich, nämlich die Behauptung, dass zu viel Zuwanderung die nationale Identität, die Gesellschaft und die Ressourcen zerstören würde. Diese Behauptung ist leider konstant geblieben. Es ist pure Ideologie, eine Ideologie, die ich nicht teile.

Diese Initiative ist auch eine Ablenkungs-Initiative. Hören Sie doch auf, zu behaupten, die Wohnungsnot liesse sich mit weniger Zuwanderung lösen. Hören Sie doch auf, zu behaupten, die Kinder in der Schule würden besser unterrichtet, wenn es weniger Zuwanderung gäbe. Hören Sie doch auf, zu behaupten, es hätte im Tram mehr Platz, wenn wir weniger Zuwanderung hätten. Und hören Sie doch endlich auf, zu behaupten, der Umwelt ginge es besser mit weniger Zuwanderung. Das sind alles nur vorgeschobene, fadenscheinige Argumente.

Wenn es Ihnen wirklich um diese Herausforderungen ginge, dann würden Sie sich nicht engagieren gegen preisgünstige Wohnungen, gegen ein Vorkaufsrecht für Gemeinden. Dann wären Sie nicht gegen den Ausbau der Infrastruktur, zum Beispiel gegen die Limmattalbahn. Dann wären Sie nicht gegen genügend Ressourcen für die Schule. Dann wären Sie vor allem nicht konstant, zu hundert Prozent, gegen jede Vorlage, die den Umweltschutz verbessert.

Zuwanderung ist für die Schweiz und besonders für die vielfältigen Städte wie Zürich eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Voraussetzung. Sie ist unverzichtbar. Die Initiative ist deshalb, und da bin ich überzeugt, eine Gefahr für unseren Wirtschaftsstandort, und sie verschärft soziale Probleme, statt sie zu lösen.



Sagen Sie Nein zu diesem isolationistischen Experiment. Sagen Sie Nein zu diesem Angriff auf eine offene Schweiz. Vielen Dank – und nein, ich beantworte keine Fragen der SVP.

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Céline Widmer beantwortet keine Fragen.

Steinemann Barbara (V, ZH): Die Personenfreizügigkeit wirke dem Fachkräftemangel entgegen, lesen und hören wir überall. Je mehr Menschen aber hier leben, desto mehr Arbeiter werden gesucht. Die Personenfreizügigkeit hat den viel beklagten Fachkräftemangel nicht behoben, sondern ihn im Gegenteil noch verschärft, denn jeder zusätzliche Einwohner löst neuen Bedarf an Zuwanderern und Infrastruktur aus: mehr Lehrer, Krippenbetreuer, Pflegepersonal, Bauarbeiter, Verwaltungsangestellte, Verkäufer, aber auch zusätzliche Schulhäuser, Spitäler, Strassen, zusätzlicher öffentlicher Verkehr – mehr von allem und jedem. Die Zuwanderung selbst ist der Treiber des Fachkräftemangels. Es ist ein Schneeballsystem, das nie enden wird. Das alles ist schon lange nicht mehr nachhaltig. Aber wollen wir unseren Nachkommen wirklich eine Schweiz mit 15, später mit 20 oder 30 Millionen Einwohnern hinterlassen? Dann sieht unser Land aus wie Hongkong. Irgendwann müssen wir in Brüssel die Personenfreizügigkeit neu verhandeln. Darum werden wir nicht herumkommen. Jeder Vertrag ist neu verhandelbar, auch derjenige mit der EU ist nicht sakrosankt.

Auf der einen Seite haben wir seit Einführung der Personenfreizügigkeit Fachkräftemangel, und auf der anderen Seite beziehen immer mehr Ausländer Leistungen der Arbeitslosenversicherung und der Sozialhilfe, trotz Hochkonjunktur und sehr tiefer Arbeitslosigkeit. Von den Personen, die Arbeitslosengelder beziehen, sind deutlich über 50 Prozent Zuwanderer, obwohl deren Anteil an der Gesamtbevölkerung nur 27 Prozent ausmacht. Mittlerweile haben 45 Prozent aller Sozialhilfebezüger einen Asylhintergrund. 83 Prozent der anerkannten Flüchtlinge leben von der Sozialhilfe. Bei den vorläufig Aufgenommenen sind es 75 Prozent, die auf Fürsorge angewiesen sind. Weitere 23 Prozent aller Sozialhilfebezüger sind Ausländer ohne Asylhintergrund, und nur 32 Prozent haben einen Schweizer Pass.

Eine Studie des Amts für Wirtschaft und Arbeit des Kantons Zürich zeigte vor einigen Jahren auf, dass von den zwischen 2007 und 2014 in die Schweiz zugewanderten Arbeitskräften im Durchschnitt nicht einmal jeder Fünfte in einem Beruf arbeitet, bei dem ein Fachkräftemangel herrscht. In den Kantonen Tessin und Genf waren es sogar nur rund 15 Prozent und damit nur jeder siebte Einwanderer. Es sind also nicht die Fachkräfte, die kommen.

Aber das Ganze ist nicht nur deswegen, sondern insbesondere von der linken Seite her widersprüchlich. Sie beklagt die steigenden Wohnungs- und Mietpreise und behauptet gegen jede ökonomische Logik, die Zuwanderung habe damit nichts zu tun – als ob es die Preise nicht in die Höhe treiben würde, wenn sich so viele Bewerber um eine Wohnung oder um ein Einfamilienhaus bemühen und jährlich eine ganze Stadt in der Grösse von Winterthur in die Schweiz einwandert. Die Grünen sind ja ansonsten grosse Wachstumskritiker, haben aber kein Problem, wenn wir wegen der Zuwanderung immer mehr in energieintensiven Beton investieren müssen. Es braucht immer mehr Wohnungen, immer mehr Läden, Tankstellen, Gewerberäume, und immer mehr Flächen der Schweiz werden zubetoniert. Die Zersiedelung der Landschaft ignorieren sie genauso wie die Zunahme des Verkehrs mit all dem zusätzlichen CO₂-Ausstoss und den massiv steigenden Energieverbrauch. Es ist den Grünen plötzlich völlig egal, wenn wir wegen des hohen Bevölkerungswachstums die von ihnen gesetzten Klimaziele nicht erreichen. Die umweltrelevanten Faktoren der Massenzuwanderung sind belegt, und sie sind enorm. Aber die Grünen und Linken kümmert es nicht, Hauptsache, der Massenzustrom aus dem Ausland hält an.

Geben wir den Behörden endlich verbindliche Leitlinien in die Hand, und setzen wir diesen Missständen endlich ein Ende.

Vietze Kris (RL, TG): Im Mittelalter mischten Alchemisten Elixiere, die angeblich jede Krankheit heilen konnten. Das war zwar absoluter Humbug, aber es zog. Auch die Initianten versprechen ein Allheilmittel. Man müsse nur die Initiative annehmen, und schon seien alle Probleme gelöst: Wohnungsnot, Stau, Strommangel, Fachkräftemangel, Schulqualität, Sozialkosten, Kriminalität und hohe Steuern. Natürlich ist auch das Humbug. Auch wenn wir uns die 10 Millionen als Grenzwert in die Verfassung schreiben, wird sich an den Problemen unseres Landes nichts ändern. Denn der Grund für sie ist nicht allein die Zuwanderung, sondern unzählige andere Versagen und Versäumnisse, die uns heute einholen. Die Initianten präsentieren uns für echte Probleme eine Scheinlösung.

Aber es geht den Initianten ja auch gar nicht darum, die Probleme unseres Landes zu lösen. Mit ihrer Initiative wollen sie die berechtigten Sorgen und Nöte der Menschen in unserem Land instrumentalisieren, mit dem Ziel, die Verträge mit unseren Nachbarn zu kündigen. Dazu nehmen sie bewusst in Kauf, die Sicherheit und Freiheit unserer Bevölkerung zu schädigen. Denn ohne eine starke Wirtschaft, die ihr ganzes Potenzial nutzen



kann, werden wir nicht über volle Züge diskutieren, sondern über leere Portemonnaies. Gessler sitzt nicht in Brüssel, so sehr uns das die Initianten glauben machen wollen, er sitzt in Washington, Moskau und Peking. Ohne Schengen und Dublin wird die Asylproblematik nicht gelöst, sondern erheblich verschärft, weil dann jeder Asylsuchende, der in einem Dublin-Staat abgelehnt wird, in der Schweiz eine zweite Chance erhält. Die Schweiz wird zu einem Magnet für unkontrollierte Migration. Das alles kann niemand wollen, der das Wohl der Schweiz zum Ziel hat.

Die Wohnungsnot lösen wir mit angepassten Bauvorschriften, die das Bauen wieder ermöglichen und bezahlbar machen. Den Stau lösen wir, indem wir Strassen bauen. Den Strommangel lösen wir, indem wir mehr Strom zur Verfügung stellen. Die Schulqualität verbessern wir mit richtigen Investitionen in die Bildung. Das Problem der Sozialkosten lösen wir, indem wir aufhören, das Geld zum Fenster hinauszuerwerfen, sondern es jenen zukommen lassen, die es brauchen. Die illegale Migration lösen wir, indem wir sie konsequent angehen. Die Kriminalität lösen wir mit einer leistungsfähigen Polizei und schnellen Prozessen. Die Steuerbelastung senken wir, indem wir die Staatsausgaben eindämmen.

Kurzum: Für die Sorgen und Nöte der Menschen in unserem Land gibt es gute, wenn auch nicht einfache Lösungen. Die Herausforderungen der Zeit verlangen nach

AB 2025 N 1873 / BO 2025 N 1873

Geschlossenheit, Sachpolitik und Konsens, und sie verlangen eine nüchterne Ehrlichkeit, indem wir sagen, dass es kein einfaches Allheilmittel gibt, dass wir es alle zusammen angehen müssen und dass es nicht einfach ist.

Das Volk erwartet von uns in diesem Saal, dass wir gemeinsam anständige und beständige Lösungen erarbeiten und dass wir Scheinlösungen als das entlarven, was sie sind, nämlich Blendwerk. Genau das ist die vorliegende Kündigungs-Initiative: ein Blendwerk, das ein Allheilmittel und eine Lösung vorgaukelt, die gar keine ist. Und deswegen gehört sie versenkt.

Stettler Thomas (V, JU): Nous avons aujourd'hui la responsabilité de parler vrai. L'initiative "Pas de Suisse à 10 millions !" n'est pas un caprice. C'est une nécessité vitale, car si nous ne faisons rien, notre pays risque de perdre ce qui a toujours fait sa force : la stabilité, la sécurité et la cohésion. Soyons clairs, la Suisse n'a pas les moyens d'accueillir indéfiniment des flux migratoires massifs. Chaque année, l'équivalent d'une ville comme Bienne ou Lucerne s'ajoute à notre population. Résultat : explosion des loyers, infrastructures saturées, classes surchargées, hôpitaux débordés, et ce n'est que le début si nous franchissons le cap des 10 millions d'habitants. Or, il ne s'agit pas seulement de chiffres, c'est aussi une question de société.

Nous avons vu cet été à Porrentruy des incidents graves dans une piscine publique impliquant des groupes de migrants. Ces dérives ne sont pas des anecdotes, elles sont le signe que l'intégration échoue trop souvent. Quand l'intégration échoue, ce sont des tensions, des insécurités et, à terme, des ghettos qui se forment. Regardons nos voisins français. Là-bas, on a fermé les yeux pendant des décennies. Aujourd'hui, des quartiers entiers échappent à l'État de droit, des sociétés parallèles se sont formées et la fracture est devenue irréversible. Voulons-nous vraiment prendre ce chemin ? Pour une immigration de qualité, l'immigration doit être maîtrisée. Elle doit être au service de notre pays et pas l'inverse. Le regroupement familial sans condition stricte, le laxisme, l'exigence de respect des règles et la peur de stigmatiser conduisent droit dans le mur.

Exiger le respect de nos lois et de nos valeurs ne devrait pas être une option, mais une évidence.

L'initiative "Pas de Suisse à 10 millions !" est un garde-fou. Elle n'interdit pas l'immigration, mais elle impose des limites claires et met fin à une fuite en avant suicidaire. Dire "oui" à cette initiative, c'est protéger notre qualité de vie, notre sécurité et notre identité. L'avenir ne pardonnera pas aux lâches ni aux aveugles. Le courage, aujourd'hui, c'est de dire stop : stop à la surpopulation incontrôlée ; stop aux dérives tolérées ; oui à une Suisse qui garde la maîtrise de son destin et de sa qualité de vie.

Dire oui à l'initiative "Pas de Suisse à 10 millions !", c'est juste le choix du bon sens.

Bulliard-Marbach Christine (M-E, FR): Die Deckelung der Bevölkerungszahl durch die Volksinitiative "Keine 10-Millionen-Schweiz!" hätte katastrophale gesellschaftliche und wirtschaftliche Folgen für unser Land. Die Umsetzung durch einen Grenzwert wird zur Kündigung des Personenfreizügigkeitsabkommens mit der EU und aufgrund der Guillotineklausel auch zum Ende des bilateralen Weges führen. Durch den Verlust des privilegierten Zugangs zum europäischen Binnenmarkt würden Tausende Schweizer Arbeitsplätze aufs Spiel gesetzt. Mit dem Ausstieg aus dem Schengen/Dublin-System müsste die Schweiz mit einer höheren Zahl von Asylsuchenden und mit stärkerer irregulärer Migration rechnen. Gleichzeitig verlöre die Schweiz den Zugang zur europäischen Fahndungsdatenbank, wodurch die Kriminalitätsbekämpfung erschwert würde.



Ich möchte Sie daran erinnern, dass der Bundesrat im Rahmen der Bilateralen III eine Schutzklausel mit der EU ausgehandelt hat. Diese wird es der Schweiz ermöglichen, bei übermässiger Zuwanderung geeignete Massnahmen zu treffen. Die "Keine 10-Millionen-Schweiz!"-Initiative macht diesen Fortschritt zunichte, ohne eine valable Nachfolgelösung zu präsentieren. In dieser Zeit geopolitischer Umwälzungen und grosser Unsicherheiten – man denke an den Krieg in Europa und an die US-Zölle – müssen wir ein stabiles Verhältnis zur EU, unserer wichtigsten Handels- und Wertepartnerin, schaffen. Diese Initiative würde genau das Gegenteil davon bewirken.

In Anbetracht der gravierenden Konsequenzen für den Wohlstand und für die Sicherheit unseres Landes bitte ich Sie, die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen. Dem direkten Gegenvorschlag werde ich hingegen zustimmen.

Trede Aline (G, BE): 46 Rednerinnen und Redner der SVP-Fraktion haben bereits gesprochen. Beim Zuhören habe ich wirklich das Gefühl bekommen, dass sie vergessen haben, in was für einem wunderbaren Land wir leben. Ich helfe ihnen gerne, wieder etwas mehr Licht am Ende des Tunnels zu sehen, das Leben hier wieder schön zu finden und das Privileg, in diesem schönen, sicheren und offenen Land zu leben, wirklich zu anerkennen.

Ein Drittel aller Ehen, die in der Schweiz geschlossen werden, ist binational. Das sind rund 13 000 Eheschliessungen pro Jahr. In unserem Land leben 50,3 Prozent Frauen. 10 000 Menschen in der Schweiz können die Gebärdensprache. Es gibt 3000 Dönerbuden, und es werden jedes Jahr über 12 Liter Rivella pro Person getrunken. 2024 hatten wir 560 000 Hunde und 5 Millionen Velos in der Schweiz. Es gibt über 200 000 gleichgeschlechtliche Paare, 1,5 Millionen Rinder, darunter etwa 560 000 Milchkühe. Es gibt über eine Million Einfamilienhäuser, und es werden über 23 Kilo Käse pro Jahr und pro Person gegessen. Es gibt rund 150 000 nicht binäre Personen. Wir haben in der Schweiz 56 000 Arten, die bekannt sind, davon sind 39 438 Tiere, 11 121 Pilz- und Flechtenarten sowie 5450 Algen-, Moos- und Gefässpflanzenarten. Es gibt über 12 Millionen Hühner, und 7 049 287 Fahrzeuge sind in der Schweiz unterwegs. Im Jahr 2024 waren 1 798 934 Personen unter 20 Jahre alt. Es werden jährlich rund 200 000 Tonnen Käse in der Schweiz produziert.

75 Prozent der Menschen, die in die Schweiz kommen, kommen, um hier zu arbeiten. Sie sind aus EU- und EFTA-Staaten. Es gibt auch noch rund 300 Wölfe und etwa 12 Sprachen in der Schweiz, und mehr als 1 Prozent der Bevölkerung kann diese 12 Sprachen sprechen. Es werden 53 Liter Bier pro Kopf und Jahr getrunken, da gibt es noch Luft nach oben. Wir haben 48 Berge, die höher sind als 4000 Meter. 15 Prozent der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen auf Landwirtschaftsbetrieben sind Ausländerinnen und Ausländer. Mia und Noah sind die beliebtesten Kindernamen in der Schweiz.

Il y a 50,3 pour cent de femmes en Suisse et les langues des signes sont utilisées par plus 10 000 personnes en Suisse. Il y a 5 millions de vélos et on mange 23 kilos de fondue par personne et par an. Il y a 12 millions de poulets qui vivent en Suisse et 75 pour cent des personnes qui viennent travailler en Suisse sont originaires de pays de l'Union européenne ou de l'AELE. Il y a 300 loups et 53 litres de bière sont consommés par habitant et par an. Nous avons 48 montagnes dont l'altitude est supérieure à 4000 mètres.

Le lingue dei segni sono utilizzate da oltre 10 000 persone in Svizzera. Abbiamo 3000 chioschi di kebab, e oltre 2 litri di Rivella pro capite all'anno sono bevuti in Svizzera. Abbiamo 5 milioni di biciclette e abbiamo 560 000 cani. In Svizzera vengono prodotti circa 200 tonnellate di formaggio all'anno. Il 75 per cento delle persone che vengono in Svizzera per lavorare provengono da Paesi dell'UE e dell'AELE. Abbiamo 300 lupi, e si consumano 53 litri di birra pro capite.

(Zwischenruf der Präsidentin: Cara collega, Ihre Redezeit!) Ich bin gleich fertig, Frau Präsidentin. – Wir haben gut 9 034 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Das alles ist die Schweiz; alles, was ich gesagt habe, ist die Schweiz und macht die Schweiz auch aus. Es ist die Offenheit, die wir verkörpern, und das wollen wir nicht gefährden. *(Zwischenruf der Präsidentin: Aber jetzt haben Sie nur noch null Sekunden.)* Questa è la nostra Svizzera.

Drum: Nei zur Abschottigs-Initiative!

Huber Alois (V, AG): Wir haben jetzt einen sehr humorvollen Vortrag gehört. Ich habe auch eine humorvolle Frage: Wissen Sie auch, wie viel Milch in der Schweiz getrunken wird? Wie

AB 2025 N 1874 / BO 2025 N 1874

viel Bier getrunken wird, wissen Sie. Und nach Coca-Cola Zero frage ich gar nicht. *(Heiterkeit)*

Trede Aline (G, BE): Gut, gemäss Ihnen sterben wir ja an Coca-Cola Zero – das möchten wir natürlich nicht. Es war eigentlich nicht ein humorvoller Vortrag, ich habe nur versucht, heute, am Tag der Mehrsprachigkeit, auch



noch die anderen Landessprachen zu sprechen. Ich habe gesagt, wie viele Tonnen Käse produziert werden. Aber ich weiss nicht auswendig, wie viele Liter Milch getrunken werden. Es sind auf jeden Fall weniger, als produziert werden.

Schmid Pascal (V, TG): Ich hoffe, Sie haben fleissig mitgeschrieben, auch die Leute auf der Tribüne, bei all diesen vielen Zahlen, die wir gehört haben. Das Bundesamt für Statistik würde vor Neid erblassen ob all diesen Zahlen. Aber was wir heute diskutieren, ist ein sehr ernstes Thema.

Die entscheidende Frage ist – um jetzt nach all diesen Zahlen darauf zurückzukommen -: Wie viel Zuwanderung verträgt unser Land? Das ist die Frage, die wir uns stellen müssen. Im Juli dieses Jahres wurde die Marke von 9,1 Millionen Einwohnern überschritten. Das sind 2 Millionen mehr als im Jahr 2000; es sind fast 30 Prozent mehr. Wie man hört, sind für die SP auch 12 Millionen Einwohner kein Problem, und für den Bundesrat gibt es bei der Zuwanderung sowieso keine Obergrenze.

Auch im Verlauf dieser Debatte, vor allem heute, haben wir recht wilde Aussagen gehört, die weit weg von den Sorgen der Bevölkerung und auch weit weg von der Realität sind. Die entscheidende Frage stellt man sich bei den Gegnern nicht: Was hat die massive Zuwanderung in unser Land unserer Bevölkerung gebracht? Einzelne haben profitiert, aber die grosse Mehrheit zählt zu den Verlierern. Sie haben an Lebensqualität eingebüsst, und sie fühlen sich zunehmend fremd im eigenen Land.

Es handele sich um eine "Kündigungs-Initiative", war zu hören, ja es handele sich um eine "Abschottungs-Initiative", haben Herr Glättli und viele andere gesagt. Aber wo ist denn da die Abschottung? Mit der Initiative können ja bis zum Jahr 2050 jährlich immer noch 40 000 Personen ins Land kommen. Das ist doch keine Abschottung; das sind ein bisschen weniger als jetzt, es ist ein bisschen mehr Masshalten, aber es sind immer noch viele.

Und wieso sagt man "Kündigungs-Initiative"? Erst wenn die Zahl von 9,5 Millionen Einwohnern überschritten wird, muss der Bundesrat Massnahmen treffen. Dann muss man den Hebel logischerweise zuerst im Asylbereich ansetzen, und dort gibt es noch sehr viel Luft für Massnahmen. Wenn wir uns nur mal darauf beschränken würden, diejenigen aufzunehmen, die wirklich echte Flüchtlinge sind, dann würde man sehen, dass wir noch sehr viel Luft im System haben. Dann wären die Zahlen schon weit tiefer, und das Freizügigkeitsabkommen mit der EU wäre dann erst viel später betroffen.

Wir bräuchten die Zuwanderung wegen der Beschäftigung, wurde gesagt. Die Initiative lässt genügend Raum für Zuwanderung, aber mit Mass und nicht masslos, und das ist der Punkt – da sind wir ja schon fast wieder beim Bier, Frau Trede.

Die Asylzahlen würden zurückgehen, hat Frau Funicello gesagt. Das stimmt so einfach nicht; sie wurden ja jetzt gerade wieder ein bisschen nach oben korrigiert. Der Gesamtbestand ist die entscheidende Grösse. Es ist ja nicht so entscheidend, wie viele jeweils kommen, entscheidend ist, wie viele im System total drin sind. Da sind wir auf einem absoluten Rekordniveau. Es dürfen viel zu viele bleiben. Viel zu viele davon sind nicht Flüchtlinge, und es sind auch nicht unbedingt die Fachkräfte, die wir brauchen.

Die Kriminalität habe nicht zugenommen, hat Frau Meyer gesagt. Ja, schön wäre es, schön wäre es, aber die Kriminalität in der Schweiz hat in den letzten fünf Jahren um 30 Prozent zugenommen, um 30 Prozent! Das ist massiv. Ein grosser Teil davon ist importierte Kriminalität und importierte Gewalt. Da sind wir bei dem von der linken Seite oft erwähnten Thema der Femizide. Das ist die Realität.

Es habe Platz für alle in diesem Land, war zu hören. Ja klar, wieso nicht gleich 20 Millionen Einwohner? Die entscheidende Frage ist doch: Was macht das mit uns, was macht das mit unserem Land? Wollen wir das? Man kann Zuwanderung steuern, Zuwanderung ist nicht gottgegeben. Wir passen uns ja schon heute viel zu viel an die Zuwanderer an statt umgekehrt.

Die Initiative sei sogar fremdenfeindlich, gar rassistisch. Also bessere Argumente als diese hat man offenbar nicht gefunden. Was soll um Gottes willen daran rassistisch sein, wenn man die Zuwanderung in einem Land steuern will? Das ist doch das Normalste auf der Welt.

Bundesrat und Parlament sind nicht gewillt, die Zuwanderung zu bremsen. Die Umsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative wurde in einem beispiellosen Verfassungsbruch verweigert, und die Schutzklausel im Freizügigkeitsabkommen, die seit zwanzig Jahren besteht, wurde nie ausgelöst. Deshalb wird auch der Gegenvorschlag wirkungslos sein.

Die masslose Zuwanderung tut unserem Land nicht gut, deshalb braucht es diese Initiative unbedingt zum Schutz unserer Bevölkerung und zum Schutz unseres Landes.

Roth David (S, LU): Die sogenannte Nachhaltigkeits-Initiative der SVP ist kein Beitrag zur Lösung realer Probleme. Sie ist ein trojanisches Pferd. Aussen trägt sie das schöne Wort "Nachhaltigkeit", doch im Inneren



verstecken sich Angriffe auf unsere sozialen Errungenschaften, auf die Rechte der Arbeitnehmenden, auf den Lohnschutz, auf die Menschenrechte. Dieses trojanische Pferd ist aus schönem Holz geschnitzt, mit dem Wort "Nachhaltigkeit" verziert. Doch im Inneren dieser Initiative, dieses Pferdes, sitzen jene, die unsere Löhne drücken, unsere Rechte schleifen und uns spalten wollen.

Was verlangt die Initiative konkret? Es ist die Kündigung der Personenfreizügigkeit mit der EU, also das Recht, sich legal niederzulassen und zu arbeiten. Damit verbunden sind der automatische Wegfall der flankierenden Massnahmen – also des Lohnschutzes, der Kontrollen und der Sanktionen gegen Lohndumping –, neue Diskriminierungen von Menschen ohne Schweizer Pass, de facto ein Rückfall ins Saisonnierstatut, und die Kündigung internationaler Abkommen, die unsere Rechte schützen, von der Genfer Flüchtlingskonvention bis zur Europäischen Menschenrechtskonvention.

Aujourd'hui, en cette journée du multilinguisme, je vais continuer en français, car cette initiative s'attaque justement à la diversité de notre Suisse. Ce n'est pas une contribution à la durabilité, c'est une attaque frontale contre les droits des travailleuses et des travailleurs, contre toutes et tous, quel que soit leur passeport.

Qu'est-ce que cela signifie concrètement ? Aujourd'hui, des commissions paritaires contrôlent chaque année des milliers d'entreprises. Elles constatent que, dans environ un quart des cas, il y a des violations des dispositions salariales. Chez les employeurs suisses, la proportion est même légèrement plus élevée. Plus d'un tiers ne respectent pas les conditions de travail. Sans ces contrôles, autoroute pour le dumping salarial et autoroute pour l'exploitation. Cette initiative ne réduira pas du tout la migration, mais elle fera en sorte que les personnes des deux côtés de la frontière soient moins protégées. C'est le but : que les salaires baissent, que des droits soient perdus, que la Suisse redevienne un pays où l'on peut certes travailler, mais sans protection, sans sécurité et sans perspectives.

Nous disons non : non à la politique qui, sous le couvert de la durabilité, détruit les acquis sociaux ; non à l'initiative qui divise la Suisse au lieu de la renforcer ; non à un cheval de Troie qui veut nous voler les droits des travailleuses et des travailleurs. Baisser les salaires, perdre des droits : pas avec nous !

Thalmann-Bieri Vroni (V, LU): Ich bin froh, dass ich beim einfachen Volk noch viele Unterstützende für unser Anliegen finde. Laut intelligenten Umfragen sind nur jene, die unter 6000 Franken Haushaltseinkommen haben, im Ja-Lager. Ebenfalls sind nur jene für ein Ja, die höchstens eine obligatorische Bildung erreicht haben. Es gibt sie also auch immer noch, ebenso wie jene, die für die vielen Studierenden die Arbeit machen und auch die finanzielle Übernutzung bezahlen müssen.

AB 2025 N 1875 / BO 2025 N 1875

Das klingt doch fast schon despektierlich. Genau denen geht es aber immer schlechter, weil sie alles bezahlen müssen, was sie selber gar nicht unterstützen möchten.

Die Schweiz verliert auch an Wohnqualität, und wegen der Zuwanderung will man den Schweizern weniger Wohnfläche geben. Wir müssen massiv verdichtet bauen, um der Zuwanderung überhaupt Herr zu werden. Die Mieten steigen, weil jeder Bau immer mehr Auflagen hat und somit mehr kostet.

Die Mehrheit der Politik massregelt immer die Einheimischen, damit die Zugewanderten noch Platz haben und sich wohlfühlen dürfen hier in der Schweiz. Es findet immer mehr Übernutzung statt. Alle merken es, und nur wenige wollen sich dagegen wehren. Eine Umfrage zeigt auch, dass eine Einschränkung des Bleiberechts für vorläufig Aufgenommene mit 51 zu 43 Prozent mehrheitlich positiv bewertet wird. Die Schweiz verliert den produktiven Boden wegen ungebremstem Wachstum.

Wehren wir uns doch gegen die grossen Nachteile des Wachstums wie Kriminalität, Überlastungen der Gefängnisse, der Polizei, des Gesundheitswesens und der Sozialwerke. Es wird wirklich Zeit, diesen Weg endlich zu korrigieren. Uns lehrten die Eltern noch "Weniger ist mehr". Das meinten sie nicht nur in Bezug auf unsere tägliche landwirtschaftliche Arbeit, sondern auch in Bezug auf den Anspruch auf Luxus und Prestige und auf Sachen, die nur scheinbar nützlich sind.

Brauchen wir die Zuwanderung? Ja, aber nicht in den Teppichetagen und bei allen möglichen Schnittstellen und Drittanbietern des ganzen Staatshaushalts. Kämen wirklich nur diejenigen, die Arbeitsplätze in der Produktion haben, sähe das anders aus. Die Rechnung geht nicht auf, egal wie viele das hier immer wieder versprechen. Nein, es braucht auch immer mehr Steuergelder, AHV-Gelder, Pflegerestfinanzierungen. Es ist eine Anspruchsspirale nach oben, die muss man brechen, sonst wird der grosse Fall zu schmerzhaft.

Die Richtungsänderung ist dringend zu befürworten. Es ist ja schon fast fünf nach zwölf, was die Übernutzung angeht. Bleiben wir uns treu und stehen wir nachhaltig für die Schweiz ein. Es ist ein machbarer Weg, und er ist auch realisierbar. Unser Privileg müssen wir bewahren. Jeder Landwirtschaftsbetrieb muss seine Nährstoffbilanz erfüllen, damit die Natur im Gleichgewicht bleibt und keine Übernutzung stattfindet. Genau



gleich funktioniert die Nachhaltigkeits-Initiative. Sie schützt das Gleichgewicht der Schweiz, damit auch sie nicht übernutzt wird.

Deshalb braucht es ganz klar ein Ja zur Initiative "Keine 10-Millionen-Schweiz!".

Tuena Mauro (V, ZH): Ich bin Stadtzürcher. Ich wohne seit 53 Jahren in der Stadt Zürich. Ich gehe ab und zu noch in den Ausgang und spreche mit den Menschen auf der Strasse. Ich kann Ihnen sagen: Es gibt ganz viele, gerade junge Menschen, die sagen mir: Mauro Tuena, ich gehe nicht mehr in den Ausgang, ich habe Angst, hier auszugehen. Das hat mit der Kriminalität zu tun. Frau Widmer, Sie müssen die Kriminalstatistik einmal anschauen und nicht hier einfach etwas erzählen. Selbstverständlich hat das mit der massiven Zuwanderung zu tun – mit der massiven Zuwanderung.

Wenn ich in der Kriminalstatistik den Anteil von Ausländerinnen und Ausländern anschau, dann muss ich Ihnen sagen, dass das in keinem Verhältnis steht. Ausländerinnen und Ausländer schwingen in der Kriminalstatistik mit über 50 Prozent bei den schweren Delikten – wir sprechen nicht von einem frisierten Töffli – obenaus. Das sind die Fakten, die tragischen Fakten.

Frau Widmer, Sie bewerben sich in der Stadt Zürich um ein Exekutivamt. Wo haben Sie Ihre Augen in Zürich? Sie sagen, die Zuwanderung habe nichts zu tun mit den überfüllten Bussen, Trams und Zügen. Ich gebe Ihnen ein paar Beispiele für überfüllte Verkehrsmittel – ich fahre ab und zu mit dem öffentlichen Verkehr -: die Busse Nr. 46, 32, 31. Der Bus Nr. 32 quert eigentlich die Stadt Zürich. In Bern ist es dasselbe. Sagen Sie mir, was für Menschen in diesen Verkehrsmitteln sind. Sind es Leute aus dem Schächental? Ich kann Ihnen sagen, das ist definitiv nicht so. Sie können doch nicht sagen, diese vollen öffentlichen Verkehrsmittel hätten nichts mit der massiven Zuwanderung zu tun. Das geht schlicht und einfach nicht.

Das Gleiche gilt selbstverständlich, gerade in den Ballungszentren Zürich, Bern, Basel, Genf, Lausanne usw., für die Wohnungssuche. Ist ja klar: Je mehr Leute hierherkommen, desto mehr Wohnungen braucht es. Aber die Schweiz hat nicht unbegrenzt Platz, auf dem man diese Wohnungen bauen kann. Das Resultat ist, das kann ich Ihnen sagen, dass unsere jungen Leute keine Wohnungen mehr finden. Ich höre, dass das das grosse Problem sei. Schauen Sie das Sorgenbarometer der Bevölkerung an. Darum hat die SVP konsequenterweise reagiert und hat diese Initiative lanciert, die Nachhaltigkeits-Initiative, mit welcher wir sagen: Wir wollen keine 10 Millionen Menschen in diesem Land. Wenn diese Grenze erreicht ist, dann muss gehandelt werden.

Ich kann Ihnen sagen: Beim Unterschriftensammeln – ich sammle sehr gerne Unterschriften und mache das oft, die Kolleginnen und Kollegen aus meiner Fraktion können das bestätigen – war es nicht so, dass ich zu den Leuten gehen musste. Nein, die Leute kamen zu mir und fragten: Kann ich hier unterschreiben? Sie sagten, das sei eine sinnvolle und gute Initiative.

Ich möchte Sie wirklich bitten, heute ein klares Zeichen zu setzen: Jawohl, wir nehmen die Probleme der Bevölkerung ernst und empfehlen hier der Stimmbevölkerung, die Nachhaltigkeits-Initiative anzunehmen.

Chollet Clarence (G, NE): L'initiative "Pas de Suisse à 10 millions !" part d'un constat biaisé et propose une fausse solution à de vrais enjeux. Elle prétend défendre la qualité de vie, mais, en réalité, elle sème la peur et désigne les étrangers et étrangères comme boucs émissaires des problèmes de notre société. Oui, nous expérimentons parfois des transports publics saturés, des routes encombrées et nous voyons des espaces naturels menacés par l'urbanisation. Mais comment peut-on honnêtement attribuer ces défis à la seule immigration ? Ces défis sont dus à des choix politiques, à des décennies de sous-investissements dans les infrastructures et à un aménagement du territoire qui a trop souvent privilégié la voiture et l'étalement urbain. La qualité de vie en Suisse ne va pas augmenter en fermant nos frontières. Cette qualité de vie, nous pourrions la maintenir en misant sur des investissements publics intelligents, sur un aménagement du territoire durable et sur une densification harmonieuse et acceptable. Le potentiel est immense.

Aujourd'hui, la population suisse occupe en moyenne une surface habitable bien trop grande en comparaison de ses besoins. Nous pouvons atteindre une densification intelligente qui préserve les zones naturelles, limite le mitage du territoire et renforce la convivialité de nos villes et de nos villages. Venant de Neuchâtel, je sais ce que l'immigration a apporté et apporte toujours à notre pays et à nos régions. Nos villes industrielles des montagnes n'auraient jamais prospéré sans les apports de l'immigration d'hier. Aujourd'hui encore, notre économie a besoin de cette main-d'oeuvre. Qui s'occupe de nos aînés dans les EMS ? Qui nous soigne dans les hôpitaux ? Qui ramasse les légumes et les fruits dans nos champs ? Ce sont bien souvent des personnes venues d'ailleurs, qui assument des tâches essentielles que beaucoup de citoyens de notre pays ne souhaitent pas exécuter, mais dont notre société ne peut absolument pas se passer.

Les chiffres sont parlants. Dans le domaine de la santé, plus d'un tiers des médecins formés en Suisse viennent de l'étranger. En Suisse romande, une grande part du personnel infirmier est transfrontalier, jusqu'à deux tiers



à Genève. Sans immigration, notre système de santé s'effondrerait, tout simplement. Dire oui à cette initiative, ce n'est pas améliorer la qualité de vie. C'est au contraire mettre en péril notre prospérité, notre système de santé, notre agriculture, nos infrastructures sociales. C'est isoler la Suisse sur le plan international, couper les ponts avec nos partenaires européens, renoncer à des accords essentiels qui garantissent nos échanges et notre stabilité. Et la population suisse le sait. En 2020, une initiative similaire de l'UDC pour restreindre l'immigration a été balayée par près de 62 pour cent de la population et par tous les cantons.

AB 2025 N 1876 / BO 2025 N 1876

Notre pays n'a pas un territoire infini, c'est vrai, mais nous n'avons pas besoin de fermer nos frontières pour relever ce défi. Nous devons orienter notre politique économique vers plus de durabilité, construire une économie résiliente, qui respecte les limites planétaires, viser l'autonomie énergétique et alimentaire. Dans cette vision, l'apport de l'immigration aura toute sa place. En réalité, l'initiative de l'UDC ne vise pas à protéger la qualité de vie, elle vise à enfermer la Suisse dans une logique de peur, de repli et d'exclusion. C'est un danger pour nos valeurs, pour notre économie, pour notre cohésion sociale. Et il faut le dire clairement, quand l'UDC prétend défendre la durabilité en limitant la population, alors qu'elle combat systématiquement toute mesure pour le climat et la biodiversité, c'est une manipulation.

Le groupe des Verts veut une autre voie, celle de la solidarité, de l'intelligence collective et du respect de la planète. Une Suisse qui construit son avenir en ouvrant les yeux sur les vrais défis : le climat, la biodiversité, l'autonomie énergétique, l'égalité sociale. Rejetons cette initiative mensongère et dangereuse, rejetons le piège du faux discours écologique de l'UDC et disons non à la peur et oui à une Suisse ouverte, solidaire et durable !

Bühler Manfred (V, BE): Chère collègue, vous avez dit qu'on aurait sous-investi, notamment dans les transports publics, et que cela serait une des causes des problèmes dans le domaine des transports publics. Cependant, ces vingt dernières années, nous avons eu des cadences à l'heure, à la demi-heure et au quart d'heure sur les grandes lignes. On investit 16 milliards de francs, voire plus, pour le rail entre 2025 et 2028. Comment pouvez-vous affirmer qu'on aurait sous-investi dans les transports publics dans notre pays ?

Chollet Clarence (G, NE): Dans le trafic régional, il y a clairement des sous-investissements. C'est souvent dans les villes et dans les régions, comme le montrent d'ailleurs les exemples mentionnés ici, qu'il y a des problèmes de trop de personnes dans les transports publics. Le trafic grandes lignes est quand même un petit peu moins concerné. Ce sont donc bien les cantons qui ont sous-investi dans les transports publics ces dernières années.

Vontobel Erich (V, ZH): Wir führen heute keine akademische Debatte. Es geht nicht um Zahlenspiele. Es geht um das Fundament unseres Landes, darum, ob die Schweiz auch in Zukunft lebenswert bleibt.

Die Initiative "Keine 10-Millionen-Schweiz!" setzt eine klare Grenze: 10 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner bis 2050, nicht mehr. Es ist eine Grenze, die uns zwingt, rechtzeitig Verantwortung zu übernehmen. Ab 9,5 Millionen müssen Bund und Kantone handeln. Ab diesem Moment darf niemand mehr sagen, wir hätten es nicht kommen sehen. Denn wir alle sehen es, viele Menschen erleben es im Alltag: volle Züge, Staus, Mieten, die kaum noch zahlbar sind, Gemeinden, die beim Schulraum am Limit sind, Ärzte und Pflegepersonal, die am Anschlag arbeiten. Immer öfter ist auch von Dichtestress die Rede. Es ist ein bekanntes Phänomen: Wo es zu eng wird, entstehen Spannungen, und die Lebensqualität leidet. Das sind Sorgen, die real sind und die wir ernst nehmen müssen. Die Schweiz hat viel erreicht, gerade dank ihrer Offenheit, aber ein System, das dauerhaft überlastet ist, bricht irgendwann zusammen. Darum geht es in dieser Abstimmung nicht um Abschottung, sondern um Steuerung, nicht um Angst, sondern um Verantwortung.

Die Gegner malen Schreckensbilder. Sie behaupten, die Initiative zerstöre die Bilateralen. Tatsache ist: Solange die Bevölkerung unter 10 Millionen bleibt, und genau das ist das Ziel, wird kein einziges Abkommen gekündigt. Erst wenn dieser Grenzwert trotz aller Massnahmen dauerhaft überschritten wird und wenn keine Schutzklauseln greifen, verlangt die Initiative eine Anpassung. Die Bedrohung entsteht also nicht durch die Initiative selbst, sondern nur dann, wenn die Politik – das sind wir, oder? – und die Behörden versagen. Das ist kein Sprengsatz gegen die Bilateralen, sondern ein Sicherheitsnetz. Und wer sagt, wir seien ja schon bald bei 10 Millionen, liegt falsch. Nach den offiziellen Szenarien des Bundes wird die Schwelle erst um 2040 erreicht. Noch sind wir nicht dort, aber genau jetzt ist der Moment, Leitplanken zu setzen. Wer erst reagiert, wenn die Grenze überschritten ist, stolpert nur noch hinterher.

Ja, unsere Wirtschaft braucht Fachkräfte, das bestreitet niemand. Aber Fachkräfte nützen uns nur dann, wenn auch Wohnraum, Schulen und Verkehr mithalten. Genau dafür sorgt die Initiative. Sie zwingt Politik und Behörden, Zuwanderung und Infrastruktur im Gleichschritt zu entwickeln, damit unsere Wirtschaft leistungsfähig



bleibt und unser Alltag lebenswert. Wir haben eine Verantwortung gegenüber der Bevölkerung, die heute hier lebt, gegenüber der kommenden Generation und gegenüber unserer Umwelt, die nicht beliebig belastbar ist. Die Schweiz ist ein kleines Land mit begrenzter Fläche und begrenzten Ressourcen. Natürlich hat Umweltpolitik viele Dimensionen, doch ohne ein stabiles Bevölkerungsniveau sind unsere Klimaziele viel schwerer zu erreichen.

Die Initiative ist vernünftig, sie ist ausgewogen, sie ist vorausschauend. Sie gibt uns die Möglichkeit, masszuhalten, bevor Masslosigkeit Schaden anrichtet. Darum sagen wir EDU-Vertreter: Ein Ja zu dieser Initiative ist ein Ja zur Planbarkeit, ein Ja zur Gerechtigkeit. Es ist ein Ja zu einer Schweiz, die ihre Freiheit in Verantwortung nutzt – ehrlich, gerecht, nachhaltig. Wir alle kennen die Versuchung, die Lösung von Problemen in die Zukunft zu verschieben, aber die Zukunft ist schneller da, als wir denken.

Deshalb bitte ich Sie, empfehlen Sie die Nachhaltigkeits-Initiative zur Annahme, für die Schweiz von heute und für die Schweiz von morgen.

Bregy Philipp Matthias (M-E, VS): Wie so oft liegt die Wahrheit in der Mitte. Sie haben hier jetzt stundenlang diskutiert. Wir haben gehört, welche Probleme die Zuwanderung verursacht, wie schlimm der hohe Ausländeranteil ist. Wir haben aber auch gehört, dass das eigentlich alles unproblematisch sei, dass allenfalls das Mietrecht angepasst werden müsse. Vieles von dem, was diskutiert wurde, hat mit der eigentlichen Frage gar nichts zu tun.

Fakt ist: Die Zuwanderung ist gross. Diese wird aber nicht von Asylsuchenden verursacht, wie oft suggeriert wird, sondern dadurch, dass wir eine prosperierende Wirtschaft haben, dass wir ein attraktives Land sind und die Leute hierherkommen, um zu arbeiten, weil sie hier mehr Geld verdienen können und wir einen Bedarf an Arbeitskräften haben. Fakt ist auch: Die Bevölkerung leidet unter der hohen Zuwanderung, weil wir in vielen Bereichen noch nicht à jour sind. Überfüllte Verkehrsmittel, Wohnungsknappheit – das sind Probleme, die echt vorhanden sind und die wir nicht negieren können.

Fakt ist aber auch: Die Bilateralen sind für uns wichtig. Wir brauchen gute Beziehungen zu unseren nächsten Partnern, und diese Beziehungen dürfen wir nicht mit einer Kündigung der Bilateralen aufs Spiel setzen. Und wenn man hier jetzt sagt, es sei ja noch nicht so weit, dann hat man den Initiativtext nicht gelesen. Die Initiative ist nichts anderes als eine Kündigungs-Initiative für den Moment, in dem wir den Schwellenwert erreichen. Das darf nicht sein.

Aber wir dürfen auch nicht so tun, als ob es das Problem nicht gäbe. Wenn ich mit den Menschen auf der Strasse spreche, dann spüre ich, dass es die Leute beschäftigt. Darum brauchen wir Regeln. Wir brauchen klare Regeln, wie wir die Zuwanderung steuern können. Aber wir dürfen keine Kündigung der Bilateralen in Kauf nehmen.

Die Mitte-Fraktion hat Ihnen eine Variante präsentiert: einen direkten Gegenvorschlag, der die Sorgen und Ängste der Menschen aufnimmt, der den Bundesrat verpflichtet, zu handeln, wenn die Schwelle von 9,5 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern überschritten wird, der aber eben nicht die direkte Kündigung als Konsequenz hat, sondern den Bundesrat auffordert, nächste Schritte zu unternehmen. Beim Erreichen des Wertes von 9,5 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern geht es darum, dass man Massnahmen ergreift – in der Raumplanung, in der Ausgestaltung der Verkehrsinfrastruktur, in der Abfederung der Nachteile dieser Zuwanderung, die es zweifelsfrei gibt. Diese Massnahmen greifen nicht am ersten Tag, das braucht eine gewisse Zeit.

AB 2025 N 1877 / BO 2025 N 1877

Deshalb folgt eine Phase, in der man überprüfen muss, ob die Massnahmen greifen – und zwar nicht bei irgendeinem Schwellenwert, sondern anhand von objektiven Kriterien. Sollten sie nicht greifen, wird der Bundesrat aufgefordert, mit der Europäischen Union das Gespräch zu suchen und zu verhandeln, wie man die Zuwanderung gezielt steuern könnte.

Das nennt man vorausschauende Politik. Das nennt man die Bedürfnisse der Menschen ernst nehmen. Aber das bedeutet auch, nicht mit dem Feuer zu spielen und die Bilateralen aufs Spiel zu setzen.

Der Antrag der Minderheit Pfister Gerhard bietet Ihnen einen guten Weg, genau das zu tun, was ich nun skizziert habe. Ich lade Sie alle ein, diesen Weg zu beschreiten und so eine gute, wirtschaftlich prosperierende Zukunft der Schweiz zu generieren, die Schweiz vorwärtszubringen, aber die Probleme und die Ängste der Menschen nicht zu vergessen.

In diesem Sinne danke ich Ihnen, wenn Sie der Minderheit II (Pfister Gerhard) zustimmen und so einen konstruktiven, guten Weg in der Mitte wählen.



Walliser Bruno (V, ZH): Die Schweiz steht vor einer grossen Herausforderung: dem starken Bevölkerungswachstum durch die ungebremste Zuwanderung. Heute leben bereits über 9 Millionen Menschen in der Schweiz. Viele Prognosen gehen davon aus, dass wir in den nächsten Jahrzehnten die Marke von 10 Millionen Menschen überschreiten werden. Dem müssen wir Gegensteuer geben.

Die Zuwanderung hat auch direkte Auswirkungen auf den Wohnungsmarkt. Schon jetzt herrscht nicht nur in den Städten akute Wohnungsnot. Vielerorts liegt die Leerwohnungsziffer bei unter 1 Prozent. Das bedeutet, dass es praktisch keine freien Wohnungen mehr gibt. Für Durchschnittsfamilien wird die Situation immer schwieriger. Eine Vier- bis Fünfzimmerwohnung, die für Eltern und Kinder notwendig ist, ist nicht mehr zu finden. Viele Familien müssen daher entweder an den Stadtrand ziehen, längere Pendelzeiten in Kauf nehmen oder schlicht auf Wohnqualität verzichten. Die Ursachen dafür liegen im Zusammenspiel mit der Zuwanderung begründet.

Durch links-grüne Politik sind die Bauflächen begrenzt, Baubewilligungsverfahren werden langwierig und durch willkürliche Einsprachen verhindert. Das schreckt auch Investoren ab. Die Mieten werden immer teurer, zentrale Lagen sind kaum mehr bezahlbar. Die meisten Schweizerinnen und Schweizer können sich kein Wohneigentum mehr leisten. Für die Wohnungsknappheit ist auch die massive Zuwanderung mitverantwortlich. Die Wohnungsknappheit wird durch die anhaltend hohe Zuwanderung angetrieben. Allein 2024 sind 87 143 Personen zusätzlich in unsere kleine, schöne Schweiz gekommen. Diese Leute drängen selbstverständlich auch in den Wohnungsmarkt und verschärfen das Problem zusätzlich. Der Grund dafür ist völlig klar, wird aber politisch totgeschwiegen: die ungebremste Zuwanderung.

Kollege Jauslin hat in der Debatte gesagt, dass Dichtestress entstehe, wenn die fremde Nasenspitze näher komme; er sehe das Phänomen an vielen Orten in der Schweiz. Genau, Herr Jauslin, Sie haben absolut recht, aber wieso unterstützen Sie dann die Nachhaltigkeits-Initiative nicht? Vielleicht halten Sie es halt so, weil die Nachhaltigkeits-Initiative aus der Feder der SVP stammt.

Die Debatte über die 10-Millionen-Schweiz ist nicht nur eine Zahlendiskussion, sondern betrifft auch die Lebensqualität aller Menschen. Denn wenn sich eine Durchschnittsfamilie die Miete nicht mehr leisten kann, stehen weit mehr als nur Wohnungsfragen auf dem Spiel, namentlich der soziale Zusammenhalt.

Sagen Sie also Ja zur Nachhaltigkeits-Initiative. Sagen Sie Ja zu einer nachhaltigen Bevölkerungsentwicklung statt zu einer ungesteuerten, ungebremsten Zuwanderung. Sagen Sie Ja zu einer Schweiz, deren ständige Wohnbevölkerung 10 Millionen Menschen vor dem Jahr 2050 nicht überschreiten darf.

Dandrès Christian (S, GE): Durant les 60 dernières années, on a eu 44 votations et 44 campagnes sur des objets en lien avec les étrangers. On doit encore ajouter à cela 11 votations supplémentaires sur l'Europe. Je pense qu'on peut dire ici sans s'avancer que le champ politique est sursaturé de discours xénophobes et anti-étrangers. L'UDC et ses prédécesseurs labourent l'opinion publique avec cette thématique. Avec cette initiative, ils ont fait un pas de plus et dépassent assez clairement ce qui s'est fait précédemment. Elle pousse jusqu'à l'absurde la chaîne idéologique – j'insiste sur "idéologique" – de causalité entre les étrangers et toutes les difficultés qui frappent la population. La liste des arguments de l'UDC, non seulement dans le texte, mais également dans la campagne qui est menée en parallèle, est quasiment un puits sans fond. On a même entendu ce matin, sérieusement, qu'il y avait un lien entre migrants et qualité de l'alimentation. Non mais, sérieusement, on dépasse quasiment toutes les bornes.

On a ici une initiative qui appelle quasiment à des dynamiques de cerveau reptilien qui cherchent à mobiliser les angoisses des électeurs et à les retourner contre elles et eux pour casser le niveau de vie de la population et remettre aussi en cause des aspects de salaire.

La main-d'oeuvre étrangère est une nécessité pour les entreprises, parce que les actifs résidents n'arrivent pas à couvrir le besoin. On a quelques données : le nombre d'actifs occupés est passé de 75 pour cent à 66 pour cent en 20 ans. Alors évidemment, on ne va pas soupçonner l'UDC, qui est le meilleur ami des patrons dans ce Parlement, de vouloir supprimer la main-d'oeuvre abondante. Le but, il est ailleurs. Quel est le but ? Le but est de consolider un vote xénophobe pour approfondir la casse sociale, pour revenir sur les acquis de ces dernières décennies qui ont été obtenus de haute lutte par les locataires, par les salariés et par les assurés. L'autre but de l'initiative, puisque c'est un mécanisme à plusieurs détentes, est de renforcer la position des patrons face aux salariés dans les entreprises. Pourquoi ? Parce que si on met en place un droit de séjour au mérite, avec évidemment pour seul juge du mérite l'employeur, on arrive à créer une menace permanente sur les salariés de perdre le droit de vivre en Suisse en cas de licenciement.

Ce chantage marche pour les patrons. C'est une arme extrêmement efficace aux mains des employeurs. On a quelques données statistiques : aujourd'hui, les patrons parviennent à imposer aux salariés étrangers environ deux semaines de travail supplémentaires de plus que pour les résidents suisses. C'est cet avantage que



l'UDC veut étendre au détriment de tous les salariés, suisses et étrangers. C'est le troisième effet de cette initiative, en utilisant l'initiative, avec la complicité des autres partis de droite, comme épouvantail pour justifier des attaques en profondeur sur les droits des salariés.

La dialectique – on a eu quelques beaux exemples hier concernant le télétravail –, c'est que pour réduire la prétendue surpopulation étrangère, on doit aggraver l'exploitation de la main-d'oeuvre indigène. C'est quoi, la main-d'oeuvre indigène ? C'est mettre les femmes et les aînés au travail, parce que c'est là que l'on a ce potentiel. Je vous renvoie aux mesures qui ont été préconisées dans les cuisines patronales. Il y en a un certain nombre. On en a effectivement débattu hier.

On doit rappeler ici deux choses. On a une réalité, et les faits sont assez têtus. Ce ne sont pas les migrants qui font exploser les inégalités sociales. Ce ne sont pas les migrants qui font augmenter les prix des médicaments, qui cassent les services publics hospitaliers, qui font exploser les loyers et qui proposent de relever l'âge de la retraite. Ce sont les personnes qui portent cette initiative.

Il y a un autre aspect – j'aimerais terminer là-dessus. C'est que la xénophobie ne met pas que la pression sur les salariés, elle ravage la démocratie et elle cause également des souffrances innommables et la mort. On a une politique migratoire, qui, aujourd'hui, en Europe et en Suisse, repousse les limites de dignité et de l'humanité. Je vous laisse imaginer ce qu'est le parcours d'une famille migrante. C'est un véritable chemin de croix, aujourd'hui. En Méditerranée, c'est un vaste charnier. On a 68 000 morts – personnes mortes dans la mer – depuis deux décennies. C'est vraiment quelque chose d'inimaginable ; c'est quasiment une guerre.

AB 2025 N 1878 / BO 2025 N 1878

Il y a encore une chose. Où part l'argent de nos impôts ? Aujourd'hui, la première agence de l'Union européenne n'est pas consacrée à protéger les consommateurs. Elle n'est pas consacrée à la protection des droits fondamentaux, à lutter contre les monopoles ou les cartels. Non, c'est l'agence qui est chargée de mener la guerre contre l'immigration non choisie. C'est Frontex, qui a enflé de 1000 salariés en 2019 à 10 000 à l'horizon 2027. C'est 1 milliard d'euros engloutis par année.

Pour montrer ce décalage : pendant des décennies, on a attaqué le rideau de fer et le mur de Berlin comme étant des choses inacceptables. Aujourd'hui, l'Europe appuie sa politique migratoire sur des centaines de kilomètres de murs, de miradors et de barbelés. On doit donc combattre cette initiative. Pourquoi cela ? Pour redonner un peu d'air à notre démocratie, également, en montrant notre attachement radical au principe des droits de la personne humaine.

Addor Jean-Luc (V, VS): Monsieur Dandrès, vous nous parlez de la condition des familles de migrants qui traversent la Méditerranée. Avec notre initiative, nous vous parlons de la condition des Suisses. De qui défendez-vous les intérêts ?

Dandrès Christian (S, GE): Je crois que poser la question, c'est y répondre, Monsieur. Je travaille effectivement pour la défense des locataires et des salariés – j'annonce mes liens d'intérêts, je suis président du Syndicat des services publics (SSP). Je le fais depuis des décennies, j'en suis assez fier.

Wandfluh Ernst (V, BE): Der Flächenverbrauch in der Schweiz ist real und besorgniserregend. Laut Daten des Bundesamts für Statistik wuchs unsere Siedlungsfläche zwischen 2009 und 2018 um 180 Quadratkilometer. Das ist fast doppelt so viel wie die Fläche des Zürichsees. Neun von zehn neuen Siedlungsflächen entstanden auf Kulturland. Pro Stunde verschwinden in der Schweiz rund 2000 Quadratmeter nicht vermehrbare Boden. Das zerstört die Landschaften und die Biodiversität und gefährdet unsere Ernährungssicherheit.

Wir haben heute fast einen Drittel mehr Wohnungen als im Jahr 2000, und trotzdem haben wir einen Wohnungsnotstand. Die landwirtschaftliche Nutzfläche ist im gleichen Zeitraum um 3 Prozent zurückgegangen. Das tönt zwar, als sei es nicht viel, es sind aber rund 30 000 Hektaren pro Jahr. Sogar die Anzahl Milchkühe ist um 4,7 Prozent bzw. um 70 000 zurückgegangen – da man vorhin schon eine "Milchbüechli-Rechnung" gemacht hat. Und da kann ich Sie beruhigen: Wir Schweizer trinken 60 Liter Milch pro Jahr, also vier Liter mehr Milch als Bier.

Unsere Infrastrukturen stammen aus den 1960er-Jahren und müssten ständig ausgebaut werden. Hinzu kommen dann noch ökologische Ausgleichsmassnahmen. Das alles braucht Land und Platz. Wenn die linke Seite wirklich etwas für die Biodiversität machen will: Lassen Sie uns die Zuwanderung steuern, und empfehlen Sie die Initiative zur Annahme. Sagen Sie Ja zu einer nachhaltigen Bevölkerungsentwicklung statt zu einer ungebremsten und ungesteuerten Zuwanderung. Sagen Sie Ja zu einer Schweiz, deren ständige Wohnbevölkerung die Zahl von 10 Millionen Menschen vor dem Jahr 2050 nicht überschreitet.

Ich danke Ihnen für die Unterstützung.



Gobet Nadine (RL, FR): Les préoccupations de la population face aux défis liés à l'immigration, qu'il s'agisse de logement, de mobilité ou de sécurité, sont légitimes et doivent être prises au sérieux. L'une des réponses passe par la mise en oeuvre d'une politique migratoire ferme et ciblée. Mais celle qui veut limiter arbitrairement la population à 10 millions serait une grave erreur. Cela freinerait notre croissance, affaiblirait nos retraites et priverait des secteurs essentiels comme la santé, la construction ou l'agriculture de la main-d'oeuvre dont ils ont absolument besoin.

Si cette initiative prétend assurer la durabilité de notre système, elle est en réalité très éloignée de cet objectif. Elle représente une menace directe pour la prospérité de notre pays et notre qualité de vie. Avec une limite de population fixée arbitrairement à 10 millions et l'abandon de la libre circulation des personnes comme but ultime, cette initiative fait fi de la réalité démographique de notre pays, qui se traduit actuellement par une chute des naissances et un important vieillissement de la population.

Aujourd'hui déjà, de nombreux secteurs sont confrontés à une pénurie chronique et croissante de main-d'oeuvre, qualifiée ou non ; les estimations prévoient le manque de quelque 400 000 travailleurs à plein temps d'ici 2035, soit presque demain. Nous sommes tous d'accord pour donner la priorité à l'intégration de la main-d'oeuvre indigène dans le marché du travail avec des mesures fiscales, d'amélioration de l'employabilité et autres. Toutefois, cette main-d'oeuvre là n'est pas suffisante pour répondre aux besoins de nos entreprises. L'apport de travailleurs étrangers, en particulier européens, est tout simplement indispensable, notamment à l'heure où nos entreprises sont déjà soumises à une concurrence internationale de plus en plus forte.

La main-d'oeuvre étrangère est, par exemple, essentielle au bon fonctionnement de nos hôtels-restaurants et des sociétés de nettoyage. Elle l'est tout autant dans d'autres secteurs encore plus sensibles, tels que la santé, la construction ou l'agriculture. Dans le secteur technologique, environ 45 pour cent des ingénieurs informatiques en Suisse sont issus de l'étranger. Sans cette main-d'oeuvre qualifiée, les entreprises suisses innovantes peineraient à maintenir leur compétitivité sur le marché mondial.

Avec le vieillissement de la population et l'augmentation de maladies chroniques, les besoins en prestations médicales et infirmières sont continuellement en hausse. En 2024, plus de 40 pour cent des médecins exerçant en Suisse ont suivi leurs études et obtenu leur diplôme à l'étranger. Cette proportion n'a cessé d'augmenter ces dernières années. Qui remplacera les infirmiers et les infirmières dans nos EMS ? Plus largement, qui prendra soin de nos personnes âgées, alors que les besoins en soins explosent déjà ? Dans l'agriculture ou la construction, des milliers d'emplois reposent sur la main-d'oeuvre étrangère. Sans elle, le fonctionnement de certaines exploitations sera remis en question. Des employés manqueront pour construire nos logements et nos écoles. Est-ce vraiment l'avenir que nous voulons pour la Suisse ? Il serait toutefois naïf d'ignorer les préoccupations de la population. Oui, la croissance démographique soulève des défis bien réels en matière de logement, de mobilité, d'infrastructures ou de formation. Ce n'est pas en fermant la porte aux travailleurs dont notre économie dépend que nous relèverons ces défis. C'est en investissant davantage dans des logements accessibles, des transports publics et des infrastructures efficaces et dans la formation. C'est en renforçant nos capacités internes et non en affaiblissant notre prospérité, que nous pourrions garantir la cohésion sociale et le bien-être de tous.

En conclusion, cette initiative fait prendre un risque majeur à la Suisse. Limiter arbitrairement la population au chiffre de 10 millions, censé nous rendre heureux, et restreindre la libre circulation des personnes, c'est se priver des travailleurs dont la Suisse a absolument besoin : moins de médecins, moins d'infirmiers, moins d'ouvriers et moins de spécialistes. Ce sont nos hôpitaux et nos entreprises qui en pâtiront et, avec eux, toute la population. Le taux de chômage reste bas malgré l'immigration et les mesures d'accompagnement encadrent efficacement l'accès au marché du travail. Ce n'est pas en mettant la Suisse sous cloche que nous serons heureux. Il est dans notre intérêt de maintenir un accès facilité aux travailleurs étrangers, mais en renforçant la participation de la main-d'oeuvre résidente. C'est ainsi que la Suisse assurera sa prospérité et sa durabilité pour les générations futures.

Dans ce sens, je vous invite à rejeter cette initiative.

Wyssmann Rémy (V, SO): Die Einwanderungspolitik Dänemarks hat sich von liberal zu extrem restriktiv gewandelt. Sie zielt darauf ab, die Zuwanderung zu minimieren, indem sie den Familiennachzug erschwert, die Möglichkeit von Asylanträgen im Lande abschafft und Asylverfahren dauerhaft ausserhalb Europas durchzuführen will. Die Regierung setzt auch

AB 2025 N 1879 / BO 2025 N 1879

auf konsequente Abschiebungen, auch von EU-Bürgern, die ihr Aufenthaltsrecht verwirkt haben.
Die Regierung Dänemarks ist nicht nationalkonservativ, sie ist sozialdemokratisch. Warum ist eine sozialdemo-



kratische Regierung für eine restriktive Einwanderungspolitik? Weil dänische Sozialdemokraten genau wissen, dass eine unbeschränkte Einwanderungspolitik schlicht nicht finanzierbar ist, weil dänische Sozialdemokraten genau wissen, dass eine unbeschränkte Einwanderungspolitik die Sozialwerke ruiniert, und weil sie wissen, dass eine unbeschränkte Einwanderungspolitik nicht sozial ist.

Ich bin Gemeinderat in einem kleinen Dorf und dort zuständig für die Finanzen. Was sind die grössten Kostentreiber in unserem Dorf? Das sind die Asylkosten, das sind die Sozialkosten, und das sind die Gesundheitskosten. All diese Positionen werden nachweisbar durch die Zuwanderung getrieben. Wenn dieses Wachstum so weitergeht, wird das unseren Gemeinden das Genick brechen, und das, obwohl wir bereits heute in einem Hochsteuerkanton leben. 70 Prozent der Steuereinnahmen des Kantons Solothurn werden vom Mittelstand bezahlt. Der Mittelstand bezahlt die Rechnung für eine unbegrenzte Migrationspolitik. Auch das wissen die dänischen Sozialdemokraten, und genau deshalb schränken sie die Migration ein.

Nicht nur die Sozialhilfe in den Kommunen wird durch die unbeschränkte Einwanderung zerstört, auch die Sozialversicherungen. Vor der Einführung der Personenfreizügigkeit gab es keine jahrelangen Wartefristen bei den Sozialwerken, z. B. bei den EL und der IV. Man konnte sogar mit der Suva noch einzelfallgerechte Lösungen erreichen. Mit der unbegrenzten Zuwanderung wurde diese Praxis gestoppt. Seither warten EL- und IV-Versicherte Monate und Jahre auf ihre Entscheide. Einzelfalllösungen sind nicht mehr möglich. Bei den Leistungen drehen die Verwaltung und die Justiz die Ermessensschrauben immer mehr zu. Das Resultat ist das gleiche wie im Verkehr oder in den Wartesälen unserer Spitäler. Am Schluss werden auch bei den Versicherungen alle gleich schlecht behandelt.

Wenn der Ring ins Bad fällt, dann gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder Sie tauchen dem Ring nach, bis er im Siphon auf Nimmerwiedersehen verschwindet, oder Sie machen den Stöpsel zu. Machen wir lieber den Stöpsel zu und begrenzen die Zuwanderung.

Unterstützen Sie deshalb unsere Initiative.

Badran Jacqueline (S, ZH): Rechnen Sie mit: 1000 mal 1000 mal 1000 mal 1000 Franken – das gibt 1 Billion Franken. Das ist eine Eins mit zwölf Nullen. Diese Billion – eine Schweizer Billion, keine englische "billion", das wären 1000 mal 1000 mal 1000 Franken – ist das Volumen der Direktinvestitionen in der Schweiz; es ist das weltweit höchste Volumen pro Kopf. Direktinvestitionen ergeben sich hauptsächlich, wenn der Hauptsitz eines Konzerns in die Schweiz verlegt wird oder eine Zweigniederlassung in der Schweiz entsteht, also kurz: wenn sich Unternehmen hier ansiedeln. Lagen diese Direktinvestitionen im Jahr 1998 noch bei knapp 100 Milliarden Franken, betrugen sie gut 25 Jahre später eben 1 Billion Franken; das ist also ein Plus von 900 Milliarden Franken. Das ist gigantisch.

Und wie kommt das? Der grosse Treiber der Verlegung von Unternehmen in die Schweiz ist unsere bzw. Ihre Steuerdumpingpolitik für Unternehmen. Ich erinnere an die Unternehmenssteuerreformen I bis III, an Stempelsteuerreduktionen, an Verrechnungssteuerreduktionen oder -abschaffungen, an Ihre Politik nach dem Motto "Wir müssen die Besten sein im Standortwettbewerb". Das ist der Treiber dafür, dass jährlich Tausende von Firmen ihren Sitz hierher verlegen. "Arena" für "Arena", in denen ich solche Vorlagen bekämpfte, musste ich mir von der SVP in der Person des damaligen Finanzministers Ueli Maurer anhören: "Wir senken die Unternehmenssteuern nicht als Selbstzweck, wir wollen Firmen ansiedeln. Wir wollen, dass Unternehmen kommen, denn das schafft Arbeitsplätze. Wir machen das wegen der Arbeitsplätze, Frau Badran, das sollte Ihnen als Sozialdemokratin doch gefallen."

Konkret hat sich die Zahl der Hauptsitze zwischen 2014 und 2023 von 13 000 auf fast 20 000 erhöht, also um gut 50 Prozent. Das ist eine Erhöhung um rund 850 Hauptsitze pro Jahr. Die Zahl der Zweigniederlassungen ausländischer Multinationaler hat sich zwischen 2014 und 2023 um 5500 erhöht, von rund 13 000 auf 18 500. Das sind fast 600 Unternehmen pro Jahr, die noch einmal hinzukommen. So haben diese angelockten Unternehmen rund eine Viertelmillion neue Arbeitsplätze in die Schweiz gebracht, plus – da nehme ich Ihre Rede auf – die Folgezuwanderung. Denn alle diese Leute müssen ja irgendwo wohnen, also brauchen wir mehr Bauarbeitende. Diese Bauarbeiter haben vielleicht Kinder, die in die Schule gehen, also brauchen wir mehr Schulen. Diese brauchen mehr Lehrer, die wiederum Gesundheitsdienstleistungen benötigen; damit haben wir eine Knappheit in den Spitälern. Und so kommt es, dass wir diese hohe Zuwanderung haben. Sie ist eins zu eins der Ansiedlungspolitik von Unternehmen geschuldet.

Der grosse Treiber für den grossen Bedarf an weiterer Zuwanderung ist also Ihre Politik – seit Jahren. Und Sie wagen es, uns seit ebenso langer Zeit die Ohren vollzujammern, wenn als Folge Ihrer Ansiedlungspolitik die Leute in die Schweiz kommen; und Sie wagen es, uns – den Linken – die Schuld daran in die Schuhe zu schieben! Sie torpedieren die flankierenden Massnahmen, die die Gewerkschaften und die SP mühsam erkämpft haben, um die Menschen und das Gewerbe vor Lohndumping zu schützen. Und dann jammern Sie



uns die Hücke voll, wenn ältere Arbeitnehmer durch billigere jüngere ersetzt werden.

Noch schlimmer: Sie lassen Geld auf den Immobilienmarkt. Geldwäscherei ist das Stichwort, dagegen tun Sie nichts! Mit der Aufweichung der Lex Koller, die aus dem Departement Blocher kam, waren es Milliarden an zusätzlichem Geld, die den Boden verteuert haben. Und dann jammern Sie uns die Hücke voll, dass sich hier im Land immer weniger Leute selbstbewohntes Eigentum leisten können. Das ist inakzeptabel! Sie torpedieren alles, was die Durchsetzung des Mietrechts angeht. Wir hätten nämlich keine Mietpreisexplosion, würde das Mietrecht durchgesetzt. Und dann jammern Sie uns die Hücke voll, die Mietpreisexplosion sei der Zuwanderung geschuldet, was nachweislich weder theoretisch noch praktisch stimmt.

Wer also weniger Zuwanderung will, der hört augenblicklich auf mit dieser Ansiedlungs- und Standort- und Unternehmenssteuerdumping-Politik. Alles andere ist verlogener Unsinn.

Pamini Paolo (V, TI): Guardate, da ticinese vi dico una cosa molto semplice: noi non siamo contro l'immigrazione, noi chiediamo con questa iniziativa semplicemente che l'immigrazione sia sostenibile. Purtroppo i baby boomer si stanno avvicinando ad un'età che li porterà ad abbandonare questo Paese; i tassi di natalità scendono; ci sono anche persone che abbandonano la Svizzera. Già solo per questi motivi serve comunque dell'immigrazione per mantenere stabile la popolazione. Quindi non venite a dirci che questa è un'iniziativa contro l'immigrazione.

Questa è un'iniziativa per la sostenibilità, come ben espone anche il titolo. Noi semplicemente diciamo che l'immigrazione deve fare in modo che la nostra società, ma anche il nostro territorio e il nostro ambiente vengano mantenuti sostenibili. Noi non vogliamo continuare a cementificare la nostra nazione. Per questo stupisce un po' che anche dalla sinistra arrivi un rigetto di questa proposta che in realtà va ben al di là degli aspetti del controllo della popolazione, perché si tratta soprattutto di ambiente ed energia. Voi pensate: tutti gli sforzi – anche qui mi collego a un argomento che non è proprio del nostro partito – per decarbonizzare la società svizzera, per ridurre le emissioni, sono stati vani per il fatto stesso che la popolazione ha continuato ad aumentare.

Abbiamo un problema economico in Svizzera. Se guardate i tassi di crescita della nostra economia, gli ultimi vent'anni sono stati meravigliosi in termini assoluti, ma una volta che li calcolate pro capite, quindi li rapportate al numero di persone, vedete in realtà un rallentamento della crescita del benessere. In realtà il vero benessere lo misuriamo pro capite, non in termini assoluti. Allora chiediamoci che cosa sta succedendo. Il problema è che questi effetti di spillover,

AB 2025 N 1880 / BO 2025 N 1880

come li chiamiamo noi economisti, legati all'immigrazione, che dovrebbero creare più benessere per tutti, tardano a farsi vedere. Ormai sono quasi vent'anni che abbiamo le nuove regole del gioco con la libera circolazione. Ma, come ho detto, l'iniziativa non dice di abolire la libera circolazione tout court; se riusciamo a rimanere all'interno dei margini di sostenibilità, questa assolutamente varrebbe. Tra l'altro l'iniziativa dice anche che nel caso di sfioramento della soglia non verrebbe data immediatamente disdetta dell'accordo di libera circolazione. Quindi chiamarla "iniziativa per la disdetta" o "Kündigungs-Initiative" è un meccanismo semplicemente retorico. Il Consiglio federale dovrebbe implementare delle misure.

Noi abbiamo un problema – ve lo dico da ticinese che lo conosce molto bene – di saturazione dell'infrastruttura. Quando viaggiate fra Zurigo e Berna, e tanti di voi lo fanno, vi sembra normale che nelle ore di punta dovete stare in piedi in prima classe in treno? Vi sembra normale che dobbiamo essere sempre in colonna nelle autostrade? Ora, grazie al cielo, il Consiglio degli Stati proprio questa mattina ha approvato una mozione che chiede l'introduzione di un'imposta di transito attraverso la Svizzera per il traffico turistico. Ma vi sembra normale che le ore di coda al Gottardo e al San Bernardino continuino ad aumentare? Vi sembra normale che il traffico cittadino è congestionato? Vi sembra normale che i prezzi degli immobili continuano ad esplodere e chi è nato e cresciuto in una città come Zurigo ma piano piano anche in periferia non riesce più ad acquistare casa, semplicemente perché il terreno diventa sempre più scarso? Ecco, sono queste le cose di cui dobbiamo parlare: dell'energia, dell'ambiente, della cementificazione e del problema che l'infrastruttura non è stata pensata per nove milioni di persone e tanto meno per dieci milioni di persone.

Poi c'è anche un aspetto di coesione, di identità. Una crescita troppo rapida della nostra popolazione ci porta ad avere dei problemi culturali già solo nelle scuole, con figli di persone che non parlano le nostre lingue. Nel sistema di democrazia diretta che conosciamo in Svizzera è importantissimo che le persone mettano al proprio interno le regole del gioco, che capiscano che qui non siamo in Germania, non siamo in Francia, non siamo in Italia, dove si chiedono sempre più servizi allo Stato; qui vige anche la responsabilità personale.



Questi sono i motivi per cui proponiamo alla popolazione svizzera un'iniziativa per la sostenibilità, per il nostro ambiente, per mantenere la nostra Svizzera così come l'abbiamo conosciuta. Perché è questo che la rende attrattiva. Le persone saranno sempre benvenute da noi fintantoché sarà utile per tutti.

Zuberbühler David (V, AR): Vielleicht kennen Sie dieses Gefühl: Man sitzt im Auto, der Termin rückt näher, die Kunden warten, und trotzdem kommt man einfach nicht vorwärts. Vorne nur rote Bremslichter, hinten drängende Autos und dazwischen nichts anderes als Stillstand – wieder einmal Stau, endlos, kilometerlang. Für mich ist das keine theoretische Beobachtung, sondern fast tägliche Realität. Ich spreche heute nicht nur als Nationalrat, sondern auch als Unternehmer. Seit zwanzig Jahren führe ich mit meinem Bruder zusammen unter anderem einen Schuhgrosshandel. Mehrmals im Jahr fahren wir nach Spreitenbach in ein grosses Ordercenter, wo über siebzig nationale und internationale Schuhvertreter mehr als zweihundert Marken präsentieren: Schuhe, Taschen und Accessoires. Dort treffen wir unsere Kunden aus dem Fachhandel. Als wir 2005 begonnen haben, brauchten wir für die Fahrt von Herisau dorthin knapp eine Stunde. Mit zehn Minuten Reserve waren wir auf der sicheren Seite. Heute müssen wir an einem Montagmorgen fast zwei Stunden einplanen, und das nicht etwa, weil die Distanz gewachsen wäre, sondern weil die Strassen immer öfter dicht sind. Das betrifft nicht nur diese eine Strecke. Wir besuchen Kunden in der ganzen Schweiz, sind unterwegs von Termin zu Termin, und doch bietet sich immer wieder dasselbe Bild: stockender Verkehr und Stau.

Wer selbst so viel Zeit im Auto verbringt, weiss, wie verrückt das ist und wie teuer. Denn jede Minute, die wir im Stau stehen, ist verlorene Zeit für mich als Unternehmer, für den Handwerker, der zur Baustelle muss, für den Chauffeur, der Waren ausliefert, oder für die Pendlerin, die pünktlich bei der Arbeit sein will. Diese verlorene Zeit hat einen hohen Preis. Der Bund selbst spricht von Milliardenkosten durch Stau. Es sind Milliardenkosten, die am Ende wir alle tragen, sei es als Steuerzahler, als Konsumenten oder über höhere Preise in den Geschäften.

Jahr für Jahr wächst unsere Bevölkerung um rund 80 000 Menschen, um so viele, wie die Stadt St. Gallen Einwohner hat. Mehr Menschen bedeuten logischerweise mehr Autos, mehr Lastwagen, mehr Pendler. Schon heute quälen wir uns durch ein Verkehrschaos, weil die Verkehrssituation seit der Einführung der Personenfreizügigkeit völlig aus dem Ruder gelaufen ist. Die Staustunden haben sich vervierfacht. Ja, das ist keine übertriebene Warnung, das ist die Realität, und wenn wir jetzt nicht handeln, wird es noch schlimmer. Wollen wir wirklich in einer 10-Millionen-Schweiz leben, in der das Auto mehr steht als fährt, in der Unternehmen Aufträge verlieren, weil sie im Verkehr stecken bleiben, in der Konsumentinnen und Konsumenten immer mehr bezahlen, weil die Transportkosten explodieren?

Und letztlich geht es nicht nur um Verkehr und Mobilität, sondern um unsere Lebensqualität. Immer mehr Menschen in der Schweiz fühlen sich fremd im eigenen Land. Bereits über 40 Prozent der Bevölkerung haben einen Migrationshintergrund, und wer mit offenen Augen durchs Land geht, erkennt, dass sich die Schweiz rasant und oft nicht zum Guten verändert. Unsere Infrastruktur ist nicht grenzenlos erweiterbar. Wir können nicht jedes Tal zubetonieren, nicht endlos Strassen verbreitern, nicht beliebig Tunnels bauen. Es gibt Grenzen, geografische, ökologische, aber auch gesellschaftliche.

Genau darum braucht es die Nachhaltigkeits-Initiative. Sie setzt genau hier an und zieht die Notbremse. Ab 9,5 Millionen Einwohnern muss der Bundesrat handeln, insbesondere im Asylwesen und beim Familiennachzug. Und die Grenze von 10 Millionen darf keinesfalls überschritten werden. Wir müssen uns klar sein: Solange die Bevölkerung jedes Jahr um die Grösse einer Stadt wie St. Gallen wächst, werden wir das Stauproblem nie lösen. Wir können noch so viel zubetonieren, wir würden nur dem Kollaps hinterherbauen. Die einzige echte Lösung ist, das Wachstum zu stoppen. Ich wünsche mir eine Schweiz, in der man morgens wieder pünktlich beim Kunden ankommt, in der unser Wohlstand nicht im Stau verloren geht und in der die Menschen sich im eigenen Land zuhause fühlen, im Einklang mit unseren christlichen Grundwerten, die unsere Gesellschaft seit Generationen tragen und prägen.

Darum bitte ich Sie: Unterstützen Sie die Nachhaltigkeits-Initiative, für unsere Unternehmen, für unsere Umwelt und für unsere Heimat.

Wermuth Cédric (S, AG): Ich muss Ihnen sagen, beim Zuhören ist mir spontan eine Filmtrilogie in den Sinn gekommen. Vielleicht kennen Sie die "Hunger Games". In diesen Filmen versucht eine ökonomische Elite dafür zu sorgen, dass diejenigen, die Reichtum produzieren und die ausgebeutet werden, in rituellen Spielen aufeinander losgehen, damit sie sich gegenseitig bekämpfen und hassen und sich nicht gegen ihre Herrscherinnen und Herrscher wenden. Es ist eine uralte Machttechnik, mit der die Mächtigen die weniger Mächtigen gegeneinander ausspielen. Es geht dabei immer um das Gleiche, nämlich um Ablenkung. Um nichts anderes geht es auch bei diesen wiederholt spalterischen Initiativen der SVP.



Die Wahrheit ist: Das Problem in diesem Land kommt weder in Schlauchbooten übers Mittelmeer noch mit Bussen auf unsere Baustellen noch mit dem PKW in die Pflegeheime und Altersheime und füllt die Fachkräftelücke. Das Problem in diesem Land reist in der Regel im Privatjet, in der Limousine und sitzt für die SVP im Parlament oder sichert sich deren Stimmen über Parteispenden an sie. Das Unbehagen mit der ungleichen Verteilung des Reichtums in diesem Land ist absolut berechtigt. Alleine die 300 Reichsten haben ihr Vermögen in den letzten zwanzig Jahren verdoppelt, 80 Prozent davon wurde absolut ohne Leistung vererbt. Gleichzeitig kämpfen Familien wieder darum, Mieten, Krankenkassenprämien und Kita-Kosten bezahlen zu können.

AB 2025 N 1881 / BO 2025 N 1881

Aber das ist die Folge Ihrer Politik, Herr Dettling, und jener der SVP und die Folge Ihrer falschen Loyalität. Der Hauptgrund dafür, dass die Mieten steigen, ist, dass Sie jedes Mal für die Immobilienlobby stimmen in diesem Parlament, weil Ihre Loyalität zu dieser grösser ist als Ihre Loyalität zur Bevölkerung in diesem Land. Der Hauptgrund, warum die Krankenkassenprämien steigen, ist, dass Ihnen die Verwaltungsratsmandate bei den Privatversicherungen wichtiger sind als die Familien und die Rentnerinnen und Rentner. Wenn der Staat nie genug Geld hat, um die Werk tätigen zu unterstützen, die Rentnerinnen, die Familien, die Alleinerziehenden, aber immer genug Geld, um die Banken zu retten, dann ist es so, weil Sie Ihre Verpflichtung gegenüber der Finanzoligarchie am Paradeplatz höher gewichten als Ihre Verpflichtung gegenüber der Schweizer Bevölkerung. Am Anfang dieser Debatte hat der Kommissionssprecher diese Initiative "Kündigungs-Initiative" genannt und wurde dann von Ihnen dafür kritisiert. Ich finde, es gibt eine berechtigte Kritik, die man gegenüber dem Kommissionssprecher anbringen kann, nämlich dass das noch eine zu nette Formulierung war. Inhaltlich viel korrekter wäre es, zu sagen, das ist eine Chaos-und-Desaster-Initiative. Ich glaube, wer wirklich glaubt, dass es im jetzigen geopolitischen Umfeld irgendwie Sinn machen würde, die Beziehungen zu unseren europäischen Nachbarn aufs Spiel zu setzen, die Beziehungen zur demokratischen Welt aufs Spiel zu setzen, weil man grundlegende Verträge kündigen müsste, die diese Regeln festhalten, der hat wirklich den Gong der Zeit nicht gehört. Das wäre relativ nahe an einem geopolitischen Selbstmord, den die Schweiz damit begehen würde. Etwas Unschweizerischeres und Unpatriotischeres und frontaler gegen die Interessen der grossen Mehrheit der Bevölkerung Gerichtetes als Ihre Initiative hat dieses Parlament schon lange nicht mehr diskutiert. Es gibt darauf eine ganz klare Antwort: Diese Initiative muss von diesem Parlament und auch von der Bevölkerung bachab geschickt werden, und es braucht auch keinen Gegenvorschlag.

Wyssmann Rémy (V, SO): Herr Kollege Wermuth, das grösste Armutsrisiko liegt bei den Steuerschulden. Wer betreibt die Schweizerbürger: der Staat oder Ihre Millionäre?

Wermuth Cédric (S, AG): Ich würde sagen, wenn der Schweizer Staat irgendjemanden betreibt, tut er das auf Grundlage des Budgets, das Sie letztes Jahr in diesem Parlament gegen unsere Stimmen verabschiedet haben. Ich bin ganz bei Ihnen. Wissen Sie, was die beste Antwort auf Schulden und Armut in diesem Land ist? Das wären Mindestlöhne. Aber es ist Ihre Partei, die in den Kantonen versucht, vom Volk beschlossene Mindestlöhne wieder aufzuheben. Sie treiben die Menschen in die Armut, das ist Ihre Politik.

Egger Mike (V, SG): Sie haben uns fälschlicherweise Lobbyismus vorgeworfen. Ist es nicht so, dass Sie bei dieser Initiative zusammen mit den Vertreterinnen und Vertretern von Economiesuisse auf einer Seite kämpfen?

Wermuth Cédric (S, AG): Ich weiss nicht, wer Vertreter von Economiesuisse ist. In unserem Parteivorstand ist niemand im Vorstand von Economiesuisse. Da müssten Sie vielleicht bei sich selber zuerst ein bisschen aufräumen. Ich möchte Ihnen aber sehr herzlich für diese Frage danken. Denn wir haben die Menschen gebeten, für jede Minute, in der Sie hier im Parlament Ihre Argumente und fremdenfeindlichen Parolen ausbreiten, zu spenden. Inzwischen haben wir schon über 115 000 Franken für den Abstimmungskampf gegen Ihre Initiative gesammelt.

Giezendanner Benjamin (V, AG): Wenn ich der Debatte zuhöre, dann habe ich das Gefühl: für einmal etwas weniger "Hunger Games" auf Netflix, dafür etwas mehr "SRF bi de Lüt"! Vor zwanzig Jahren habe ich an meinem Wohnort an das unbegrenzte Wachstum geglaubt. Ich war damals ganz vorne, wenn es darum ging, Einzonungen vorzunehmen. Ich hatte die Überzeugung: mehr Raum, mehr Wachstum, mehr Wohlstand. Doch heute, zwei Jahrzehnte später, sehe ich landauf, landab in unseren Gemeinden die Konsequenzen: eine massive Zubetonierung unserer Landschaft und überhöhte Bodenpreise. Die Folge ist, dass sich sehr viele Menschen Wohneigentum fast nicht mehr leisten können. Sie mutieren zu modernen Nomaden, gehen auf der



Suche von Wohnung zu Wohnung, und sie können dabei keine Wurzeln mehr schlagen in den Gemeinden. Das spüren wir sträflich in den Vereinen, und wir spüren das auch in den Gremien auf Gemeindestufe.

Im Gewerbe zeigt sich eine ähnliche Entwicklung. Als Transportunternehmer erwirtschaftete ich rund 70 Prozent unseres Umsatzes im Ausland. Dennoch bin ich stolz, dass etwa 50 Prozent unserer Fahrzeuge in der Schweiz immatrikuliert sind. Im nächsten Jahr, 2026, werden bei mir im Unternehmen zehn Leute das 65. Altersjahr erreichen und werden pensioniert. In der Berufsschule Baden ist der aktuelle Jahrgang für Strassentransportfachmann mit 17 Personen für den ganzen Kanton belegt. Wie füllen wir das grosse Defizit aus? Ich sage Ihnen: Mehrheitlich füllen wir das mit Menschen aus dem Ausland auf.

Doch genau hier beginnt das Problem. Menschen kommen wegen dieses Berufsbildes in die Schweiz, weil sie denken, sie würden einen sehr, sehr guten Lohn kriegen. Wenn sie aber mit ihrer Familie in die Schweiz gezogen sind und die Lebenshaltungskosten bezahlen müssen, kommen sie relativ schnell auf die Welt und merken, dass es ihnen in der Schweiz verhältnismässig schlechter als im Ausland geht. Das findet vor allem bei Berufsbildern mit eher tieferen Ausbildungsanforderungen statt. Ich will es nicht Working-Poor nennen, aber genau so entsteht das Problem, dass diese Leute sagen: Ich gehe lieber ins Sozialsystem, arbeiten lohnt sich nicht. Genau diese stranden im Sozialsystem.

Hinzu kommt: Jährlich kommen über 170 000 Leute in die Schweiz. Gleichzeitig verlassen 80 000 Leute die Schweiz. Wissen Sie, wer diese Leute sind? Das sind die langjährigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Italien, Portugal, Spanien, ja aus Ex-Jugoslawien, die uns den Wohlstand mitgesichert haben. Diese gehen zurück, weil sie es sich nicht mehr leisten können, in der Schweiz zu bleiben. Aber wissen Sie, was? Die 80 000 bis 90 000 Menschen, die netto durch die Zuwanderung in die Schweiz kommen, kommen gar nie im Arbeitsmarkt an, sonst hätten wir gar nicht diesen Fachkräftemangel. Dort gilt es das Problem an der Wurzel zu packen.

Für das Gewerbe bedeutet das eine doppelte Belastung. Einerseits bedeutet es, dass wir die Fachkräfte nicht bekommen und jeden Tag unter einem Preisdruck leiden. Andererseits müssen wir genau dieses Sozialsystem noch finanzieren. Sie haben in dieser Session gezeigt, was mit den Abgaben geschieht, die das Gewerbe und die Industrie wieder bezahlen müssen. Darum sage ich Ihnen: Nach zwanzig Jahren, in welchen sich die Zahlendaten und die Fakten geändert haben, darf man klüger werden. Ich habe gelernt, und ich sage Ihnen: Das grenzenlose Wachstum müssen wir nicht um jeden Preis verfolgen. Es gilt, in diesem Land wieder die Zuwanderung steuern zu können. Dann können wir die Leute holen, die wir haben wollen.

Und ich sage Ihnen noch etwas anderes. Viele, die in den letzten zwanzig Jahren eingewandert sind, sind in das Sozialsystem eingewandert. Wissen Sie, wo sie gestrandet sind? Beim Staat sind sie gestrandet, im Gesundheitswesen. Sie sind im Bereich der Bildung gestrandet – nein, sie sind nicht gestrandet: Wir brauchten sie, weil immer mehr Leute gekommen sind. Gewisse sind direkt beim Bund und bei den Kantonen geblieben, und das Gewerbe hat gar nicht die Leute bekommen, die es gebraucht hätte.

Deshalb sage ich Ihnen, dass ich als Gewerbetreibender voll und ganz hinter dieser Initiative stehe. Wir müssen wieder wählen können, wer in dieses Land kommt und wen wir im Arbeitsmarkt gebrauchen können. Milton Friedman sagte einmal: "Regierungen lernen nie. Nur Menschen lernen." Ich bin gespannt darauf, ob Sie nach dieser Debatte etwas dazugelernt haben. Sonst hoffe ich ganz fest, dass die Bevölkerung Ihnen eine Lektion erteilen wird.

Dettling Marcel (V, SZ): Bei meiner Geburt zählte die Schweiz 6,3 Millionen Einwohner, bei einem

AB 2025 N 1882 / BO 2025 N 1882

Ausländeranteil von 15,3 Prozent. Im Jahr 2025 zählen wir bereits über 9,1 Millionen Menschen, bei einem Ausländeranteil von 27,3 Prozent. Zudem bürgern wir jedes Jahr 40 000 Personen ein, die auf dem Papier dann Schweizer sind. Die unkontrollierte Einwanderung macht unsere Heimat kaputt!

Vieles wurde uns schon versprochen. 8000 bis 10 000 Personen würden kommen, das haben wir bereits gehört. Aber die Schweiz platzt aus allen Nähten. Wir wachsen 18-mal schneller als Deutschland. Anstatt endlich masszuhalten, wollen nun alle Parteien, ausser der SVP, mit dem Unterwerfungsvertrag sogar noch mehr Leute aus dem EU-Raum in die Schweiz einschleusen. Der Familiennachzug soll noch einmal gelockert werden. Pflegebedürftige Verwandte sollen in die Schweiz geholt werden – die Krankenkassen werden es Ihnen danken. Überdies hat die Vertreterin der Sozialdemokratischen Fraktion heute Morgen gesagt, dass wir Platz für alle hätten.

Seit dem Jahr 2000 haben sich die Stautunden nicht verdoppelt, sie haben sich auch nicht verdreifacht – sie haben sich versiebenfacht. Das Gewerbe leidet, wir haben es gehört, denn die Angestellten stehen im Stau, anstatt zu arbeiten. Die Infrastruktur, das war heute Morgen die Antwort von Links-Grün, müsse ausgebaut



werden. Dem muss ich entgegen, dass das genau mein Humor ist. Wer verhindert denn alles: Autobahnausbau, Staumauererhöhungen – Einsprache da, Einsprache dort? Alles ist von linker Seite verursacht.

Das unkontrollierte Bevölkerungswachstum führt zur Zubetonierung der Heimat. Betrachten Sie einmal ganz genau das Bild hinter mir. Wo findet die Zubetonierung statt? Ein Drittel der Schweiz – und dieses Bild zeigt es sehr genau – ist Wald, dort wird gar nichts gebaut. Ein zweites Drittel der Schweiz ist unproduktive Fläche, Seen und Berge, dort wird überhaupt nichts gebaut. Auf dem letzten Drittel finden die Siedlungsentwicklung, der Verkehr und die landwirtschaftliche Produktion statt. Die Schweiz wird nicht grösser. Wir wachsen, wir wachsen, wir wachsen, es wird alles zubetoniert, aber die Fläche wird nicht grösser.

Die Sicherheit nimmt extrem ab. Ich musste schon ein wenig schmunzeln – nein, dies ist das falsche Wort; ich war sehr verärgert –, als Frau Meyer am Montag auf eine Frage antwortete, dass die Kriminalität in der Schweiz zahlenmässig abnehme. Im Jahr 2000 verzeichneten wir in der Schweiz 310 000 Straftaten, heute liegen wir bei 563 000, also über 1500 Straftaten pro Tag, begangen zu über 50 Prozent von Nichtschweizern, davon stammt mehr als ein Viertel aus dem Asylbereich und aus der illegalen Migration. Besonders schlimm waren die Vergewaltigungen, innerhalb eines Jahres haben sie um 30 Prozent zugenommen. Die schweren Straftaten sind um 20 Prozent gestiegen. Die schlimmsten in diesem Jahr in der Schweiz begangenen Straftaten, die Frauen- und Kindermorde, haben einen Namen: importierte Kriminalität. Die Nationen der diesjährigen Täter sind: Algerien, Syrien, Rumänien, Bulgarien, Kosovo, Griechenland, unbekannt – was auch immer das heisst – und Schweiz. 73 Prozent der Gefängnisse sind mit Nichtschweizern gefüllt; diesbezüglich hat Präsident Trump sogar noch untertrieben.

Heute hat Frau Widmer zudem gesagt, dass die Zuwanderung gut für die Kultur in den Städten sei. Ich weiss nicht, ob sie damit den Syrer meint, der vor zwei Wochen in einem Zürcher Tram eine Frau brutal nieder- und bewusstlos geschlagen hat. Die Gewalt an den Schulen, gegenüber Lehrern, aber auch gegenüber Schülern, nimmt massiv zu. In den Spitälern brauchen wir wegen des Multikulti mittlerweile Sicherheitskräfte – stellen Sie sich das einmal vor! Sanitäter werden bei der Arbeit angegangen, auch das Zugpersonal erlebt eine unglaubliche Zunahme der Gewalt. Ist das die Schweiz, die Sie wollen? Wir von der SVP-Fraktion wollen das sicher nicht.

Zu guter Letzt stellen wir sogar fest, dass der Wohlstand abnimmt. Der Wohlstand nimmt ab! Die Heimat wird zubetoniert, wir stehen immer länger im Stau, alles wird massiv teurer, das ganze Land wird unsicherer, die Mietkosten explodieren. Seit dem Jahr 2007, also seitdem die Personenfreizügigkeit voll gilt, hat sich die Zahl der offenen Stellen vervierfacht. Trotzdem wollen Sie alle, mit Ausnahme der SVP-Fraktion, mit dieser extrem unkontrollierten Zuwanderung einfach so weiterfahren? Als Familienvater mit drei kleinen Kindern kommt mir da nur eines in den Sinn: Das ist total verantwortungslos!

Helfen Sie daher mit, das zu korrigieren, und sagen Sie Ja zur Nachhaltigkeits-Initiative.

Jans Beat, Bundesrat: Danke für die elfstündige Debatte. Ich habe viel gelernt. Immerhin durfte ich feststellen, dass zumindest in diesem Saal während der Debatte kein Dichtestress herrscht.

Der Bundesrat lehnt die eidgenössische Volksinitiative "Keine 10-Millionen-Schweiz!" dezidiert ab. Die Initiative gibt vor, die Umwelt und die natürlichen Lebensgrundlagen schützen zu wollen. Die Infrastrukturen, die Gesundheitsversorgung und unsere Sozialversicherungen sollen leistungsfähig bleiben. Auch der Bundesrat strebt eine nachhaltige Entwicklung an. Was den Bundesrat gleichwohl zu einer entschlossenen Ablehnung dieser Initiative bringt, sind ihre konkreten Handlungsvorschläge. Diese beurteilt er als unbrauchbar, ja sogar als gefährlich. Was diese Volksinitiative in unsere Verfassung schreiben will, würde unseren Wohlstand und unsere Sicherheit gefährden, uns international isolieren und die Handlungsmöglichkeiten künftiger Generationen erheblich und völlig unnötig einschränken. Dabei ist mehr als ungewiss, ob die Initiative die Zuwanderung überhaupt bremsen würde. Indem Sie einfach starre Obergrenzen in die Verfassung schreiben, haben Sie noch überhaupt nichts erreicht. Was zählt, sind brauchbare Vorschläge. Davon gibt es in der Initiative keine. Was zählt, sind nicht fromme Wünsche, sondern der Verfassungstext.

Schauen wir uns die Übergangsbestimmungen der Initiative genau an. Sie würden in Artikel 197 Ziffer 15 der Bundesverfassung stehen. In Absatz 1 steht, was Bundesrat und Parlament unternehmen müssten, wenn die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz vor dem Jahr 2050 die Zahl von 9,5 Millionen Menschen überschreiten würde. Bei 9,5 Millionen, die gemäss Schätzungen des Bundesamtes für Statistik in fünf bis zehn Jahren erreicht sind, soll zuerst im Asylbereich und beim Familiennachzug angesetzt werden. Der Asylbereich macht ohne Schutzstatus S nur etwa 7 Prozent der Zuwanderung aus. Mit den Ukrainerinnen und Ukrainern sind es rund 12 Prozent. Die Menschen, die durch Flucht in die Schweiz gekommen sind, machen gerade einmal 2,5 Prozent der Gesamtbevölkerung aus. Selbst wenn Sie diese Initiative also gemäss Absatz 1 sehr radikal umsetzen würden und die Schweiz keine Flüchtlinge mehr aufnehmen würde – das ginge weiter, als es die



Initiative überhaupt verlangt –, würden Sie die Entwicklung hin zur 10-Millionen-Schweiz kaum abwenden. Die Initiative bietet keinen griffigen Hebel. Dafür sind die Zahlen im Asylbereich schlicht zu tief.

Der Familiennachzug ist heute ebenfalls schon stark geregelt und streng geregelt. Der Spielraum ist klein. Laut Initiative soll der Familiennachzug noch strenger geregelt werden – aber wie? Sollen wir wie zu Zeiten der Saisonniers wieder jedes Jahr Tausende von Familien auseinanderreißen?

Weiter verlangt die Initiative in diesem Artikel, dass wir bevölkerungswachstumstreibende Übereinkommen neu verhandeln. Welche Abkommen das sind, ist nicht klar. Das ist ein neu erfundener Begriff. In der Botschaft haben wir dargelegt, dass das wahrscheinlich die Menschenrechtskonvention wäre, die Flüchtlingskonvention oder die Kinderrechtskonvention. Aber auch die Istanbul-Konvention oder das Abkommen zur Bekämpfung des Menschenhandels könnten dazugehören. "Neu verhandeln" lautet also dann der Auftrag an den Bundesrat. Glauben Sie tatsächlich, dass die fast 200 Länder, welche zum Beispiel die Kinderrechtskonvention unterschrieben haben, eine neue Konvention aushandeln würden, nur weil die Schweiz als eines der reichsten Länder der Welt ein Problem sieht? Oder glauben Sie, dass man uns plötzlich eine Ausnahme von der Menschenrechtskonvention gewähren würde? Sie wissen, das ist unrealistisch. So bringt auch diese Forderung nur Verunsicherung und isoliert die Schweiz, aber die Zuwanderung steuert sie nicht.

Schliesslich sollen wir auch noch Schutzklauseln neu verhandeln. Genau das haben wir soeben mit der EU gemacht, aus

AB 2025 N 1883 / BO 2025 N 1883

welcher die mit Abstand grösste Zuwanderung kommt, und genau diese neue Schutzklausel lehnt die Partei, welche diese Initiative lanciert hat, bei jeder Gelegenheit ab.

Sie sehen also: Was in Absatz 1 steht, schafft grosse Verunsicherung, steuert die Zuwanderung aber kaum. Wir würden weiter auf die 10 Millionen zusteuern.

Mit Absatz 2 der Übergangsbestimmungen in Artikel 197 Ziffer 15 kommt es noch dicker: Bei Überschreiten des Grenzwerts von 10 Millionen müssten wir alle sogenannten bevölkerungswachstumstreibenden Konventionen aufkünden, also die Menschenrechtskonvention, die Flüchtlingskonvention oder die Kinderrechtskonvention und vielleicht noch andere, und zwar ohne Wenn und Aber. Das gilt dann aber nicht mehr für uns, sondern erst für die nächsten Generationen, denn diese Schwelle, wir haben es mehrfach gehört, wird voraussichtlich nicht vor 2040 überschritten werden. Aber woher wissen wir, dass die nächste Generation das überhaupt will? Woher nehmen wir das Recht, unseren Kindern vorzuschreiben, dass sie in fünfzehn Jahren eine menschenrechtswidrige Politik einschlagen müssen?

Aber das ist noch nicht genug. In Absatz 2 des Initiativtextes steht dann eben unmissverständlich, dass wir das Freizügigkeitsabkommen mit der EU künden müssten. Das ist definitiv eine schlechte Idee, denn damit beenden wir den bilateralen Weg, und damit setzen wir unseren Wohlstand, unsere Sicherheit aufs Spiel. Das Ende der Personenfreizügigkeit würde den Zugang der Schweizer Unternehmen zu wichtigen Märkten erschweren, und es würde das Funktionieren unserer Gesellschaft beeinträchtigen. Unsere Unternehmen – ob in der Industrie, im Pflegebereich, auf dem Bau, in der Gastronomie, in der Landwirtschaft oder in der Forschung – sind heute auf Arbeitskräfte aus dem Ausland angewiesen. Ohne diese könnten viele Betriebe ihre offenen Stellen nicht besetzen, Dienstleistungen könnten nicht mehr im gleichen Umfang angeboten werden, Innovationen blieben aus, Projekte würden verzögert. Ich weiss, "Dienstleistungen" tönt so abstrakt, aber es ist eben ganz konkret: Ohne Ärztinnen und Ärzte aus der EU könnten Sie im Spital lange läuten, bis ein Arzt kommt. Wollen Sie das?

Ausserdem haben wir schon heute zu wenig Fachkräfte. Sie haben es gelesen, die Post verlagert 200 IT-Stellen nach Portugal, weil sie hier keine Leute findet. Die Menschen kommen, weil die Unternehmen sie brauchen; die Menschen kommen, weil wir sie brauchen. Wir haben einen Arbeitskräftemangel, der nicht verschwinden wird, solange die Schweizer Wirtschaft brummt – im Gegenteil.

Hinzu kommt, dass die Bevölkerung altert. Der demografische Wandel ist keine Zukunftsprognose, er ist Realität. Tendenziell verlassen mehr Personen den Arbeitsmarkt und gehen in Rente, als junge Personen in den Arbeitsmarkt eintreten. Die Schweiz wird also nur schon deshalb auch zukünftig auf zusätzliche ausländische Arbeits- und Fachkräfte angewiesen sein. Nur so können wir den Bedarf decken und dafür sorgen, dass unsere Gesellschaft weiter funktioniert.

Die Alterung ist bei Weitem nicht unsere einzige Herausforderung. Die Welt verändert sich rasant: globale Krisen, technologische Umbrüche, grosse geopolitische Spannungen oder auch unvorhersehbare wirtschaftliche Entwicklungen – die Welt ist unberechenbar geworden. Mit einer starren Obergrenze von 10 Millionen Menschen geben wir jene Flexibilität aus der Hand, die wir heute dringender denn je brauchen. Wir müssen rasch reagieren und uns anpassen können. Starre Obergrenzen nehmen uns diese Handlungsfähigkeit weg. Starre



Obergrenzen sind unschweizerisch.

Aber auch ohne diese Umbrüche ist klar: Schon nur das Ende der Personenfreizügigkeit wäre mit beträchtlichen zusätzlichen Kosten verbunden. Das Freizügigkeitsabkommen ist mit Abstand das wichtigste der sieben Abkommen der Bilateralen I. Wenn wir es kündigen, fallen wegen der Guillotineklausel die Bilateralen I als Ganzes weg. Dies wäre mit immensen volkswirtschaftlichen Kosten verbunden. Das SECO hat untersuchen lassen, was passiert, wenn die Bilateralen I wegfallen. Das Ergebnis war: In zwanzig Jahren wäre das BIP fast 5 Prozent tiefer. Der Wohlstandsverlust in der Schweiz würde sich dann auf etwa 500 Milliarden Franken belaufen, auf 2500 Franken pro Kopf. Ja, wir würden also ganz konkret die Kaufkraft der Menschen hier gefährden.

Bei einem Ende des Freizügigkeitsabkommens wären auch die Bilateralen II akut gefährdet, insbesondere die Abkommen zu Schengen und Dublin. Diese Abkommen sind zwar formell nicht an das Freizügigkeitsabkommen gekoppelt, aber die EU hat bereits mehrfach klargemacht, dass sie Schengen und Dublin politisch mit dem Freizügigkeitsabkommen verknüpft. Die Konsequenz liegt auf der Hand. Wenn wir das Freizügigkeitsabkommen kündigen, riskieren wir auch die Zusammenarbeit im Bereich der inneren Sicherheit und im Asylwesen. Heute profitiert die Schweiz stark von der engen Kooperation in den Bereichen Grenze, Justiz, Polizei, Migration und Visa. Asylsuchende können im Dublin-Raum nur einmal ein Asylgesuch stellen. Die Schweiz kann dreimal mehr Asylsuchende in andere Dublin-Länder überstellen, als sie selber zurücknehmen muss. Ohne Dublin-Überstellungen müsste das Schweizer Asylwesen ausgebaut werden und würde teurer. Zudem müssten wir mit einer beträchtlichen Anzahl von Zweitgesuchen rechnen. Wir würden also noch mehr Unterkünfte und noch mehr Personal im Asylwesen brauchen.

Wir wären auch vom Austausch sicherheitsrelevanter Daten abgeschnitten, etwa bei der Terrorismusbekämpfung oder beim Kampf gegen organisierte Kriminalität. Das Schengener Informationssystem ist die wohl wichtigste Datenbank für die Sicherheit und ermöglicht der Schweiz Zugang zu Millionen von Fahndungsdaten. Ohne das Schengener Informationssystem wären unsere Polizei- und Grenzbehörden erst einmal blind. Und selbst wenn wir ein eigenes System aufbauen würden, wären wir von einem grossen Teil der Sicherheitsinformationen abgeschnitten. Der Wegfall von Schengen und Dublin wäre gerade jetzt besonders verheerend, da sich die EU-Mitgliedstaaten endlich zusammengerauft haben. Nach jahrelangen Verhandlungen liegt mit dem EU-Migrations- und -Asylpakt eine umfassende Reform auf dem Tisch. Ich bin überzeugt, dass wir damit endlich einen Schritt weiterkommen. Und was bei alledem besonders irritierend ist, ist, dass die Volksinitiative all das in Kauf nimmt. Sie löst keine Probleme, sie schafft Probleme, und sie gefährdet Wohlstand und Sicherheit. Der wirtschaftliche Erfolg der Schweiz hat sehr viel mit guten und stabilen Beziehungen zur EU zu tun. Die EU ist unsere wichtigste Partnerin, im aktuellen Kontext mehr denn je. Die Annahme der Initiative würde die bewährten und für beide Seiten fruchtbaren bilateralen Beziehungen frontal angreifen. Ich kann selbstverständlich nicht für die EU sprechen. Es ist aber klar, dass ein Ja zur Initiative das ausgehandelte Vertragspaket Schweiz-EU im Kern gefährden würde. Gerade in einer Zeit, die von Spannungen, Krieg und Unsicherheit geprägt ist, brauchen wir Verlässlichkeit. Die Initiative untergräbt diese Verlässlichkeit und schafft viele neue Probleme und Unsicherheiten. Eine starre Bevölkerungsobergrenze in der Verfassung und die unflexiblen Vorgaben in den Übergangsbestimmungen würden die Schweiz ihrer Handlungsfähigkeit berauben, ausgerechnet in einer Zeit, in der wir Flexibilität und Zusammenarbeit mehr denn je brauchen.

Das Ende der Personenfreizügigkeit würde unser Verhältnis zur EU, zu unserer wichtigsten Partnerin, stark belasten. Die Initiative löst keine Probleme. Sie kann das 10-Millionen-Versprechen nicht halten. Sie gefährdet vielmehr unseren Wohlstand, unsere Sicherheit, und sie nimmt kommenden Generationen wichtige Chancen. Schauen wir nach Grossbritannien: Dort hat man mit ähnlichen Versprechen die Personenfreizügigkeit aufgegeben, in der Hoffnung, so die Zuwanderung zu stoppen. Doch der Brexit hat die Versprechen nicht erfüllt; er führte nicht zu weniger Migration, im Gegenteil. Und den Wohlstand hat er auch nicht gefördert: Die Wirtschaft leidet, und den Menschen in Grossbritannien geht es seit dem Brexit schlechter.

Gleichwohl ist klar: Die Zuwanderung und das Bevölkerungswachstum bringen auch Herausforderungen. In gewissen Regionen spüren wir das, etwa beim Wohnungsangebot oder bei der Verkehrsinfrastruktur. Der Bundesrat nimmt das ernst, und er handelt nicht erst, wenn die Bevölkerung 9,5

AB 2025 N 1884 / BO 2025 N 1884

Millionen beträgt, sondern bereits jetzt, nämlich mit ausgewogenen und gezielten Massnahmen. Im Januar hat der Bundesrat ein Paket mit Begleitmassnahmen beschlossen. Diese Massnahmen zielen darauf ab, den Druck der Zuwanderung zu reduzieren, ohne dabei den bilateralen Weg mit der EU zu gefährden.

Ein Fokus liegt auf dem Arbeitsmarkt: Wir wollen, dass jene Menschen arbeiten, die schon in der Schweiz sind. Das spart Kosten und führt gleichzeitig dazu, dass Unternehmen hier statt im Ausland rekrutieren. Potenzial



gibt es zum Beispiel bei älteren Stellensuchenden und bei Frauen, insbesondere bei Frauen, die mit dem Familiennachzug in die Schweiz gekommen sind. Wir wollen eine Meldepflicht einführen und diese Personen gezielt beim Ein- oder Wiedereinstieg unterstützen.

Der Bundesrat setzt auch beim Wohnungswesen an, zum Beispiel mit mehr Geld für den gemeinnützigen Wohnungsbau. Der Bundesrat wird voraussichtlich noch in diesem Jahr eine Botschaft für einen entsprechenden Verpflichtungskredit verabschieden, und ich freue mich, wenn Sie diesen dann auch entsprechend unterstützen. Mit verschiedenen Anpassungen der Lex Koller will der Bundesrat zudem die Bedingungen verschärfen, unter denen Personen im Ausland Immobilien in der Schweiz kaufen und behalten können, und auch dadurch den Druck auf die Wohnpreise senken.

Handlungsbedarf gibt es aber auch im Asylbereich; hierzu haben wir auch von Ihnen schon viele Vorstösse überwiesen bekommen. Wir arbeiten mit Kantonen, mit Städten und Gemeinden an einer Asylstrategie. Wir wollen die Asylgesuche reduzieren, die Asylverfahren beschleunigen. Parallel dazu wird das SEM regelmässiger und intensiver prüfen, ob vorläufige Aufnahmen aufgehoben werden können.

Vor allem hat der Bundesrat, und das ist entscheidend, mit der EU ein Paket von Abkommen zur Stabilisierung und Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen verhandelt, und darin ist auch eine konkretisierte Schutzklausel enthalten. Sie ist die Antwort auf Ihre Initiative. Mit ihr können wir, wenn sich echte Probleme zeigen, die Zuwanderung aus dem EU-Raum beschränken, ohne dass wir den gesamten bilateralen Weg infrage stellen. Die Vernehmlassung zum EU-Paket läuft noch bis Ende Oktober. Politisch betrachtet, ist dieses neue europapolitische Paket das Gegenprojekt zur Nachhaltigkeits-Initiative. Die Initiative will den bilateralen Weg an die Wand fahren; der Bundesrat will ihn, im Interesse der Schweizer Bevölkerung, stabilisieren und weiterentwickeln.

Wollen wir unseren Wohlstand und unsere Sicherheit aufs Spiel setzen und freiwillig darauf verzichten, dass wir auf künftige Herausforderungen reagieren können? Oder wollen wir Probleme mit gezielten Massnahmen dort lösen, wo sie entstehen? Der Bundesrat hat sich für den zweiten Weg entschieden, er hat Begleitmassnahmen aufgelegt, er hat mit der EU ein Vertragspaket inklusive Schutzklausel ausgehandelt. Damit können wir die Zuwanderung steuern, ohne dass wir den bilateralen Weg zerstören.

Der Bundesrat empfiehlt Ihnen darum, diese Initiative zur Ablehnung zu empfehlen und sie der Stimmbevölkerung und den Ständen ohne Gegenvorschlag zu unterbreiten.

Le Conseil fédéral vous propose donc de recommander le rejet de cette initiative et de la soumettre au vote du peuple et des cantons sans contre-projet.

Il Consiglio federale vi chiede dunque di raccomandare al Popolo e ai Cantoni di respingere questa iniziativa e di sottoporla al voto popolare senza controprogetto.

Per questi motivi As recumonda il Cussegl federal da refusar l'iniziativa e da la suttametter senza cuntraproposta a la votaziun dal pievel e dals chantuns.

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Die Berichterstatter verzichten auf ein Votum.

Eintreten ist obligatorisch

L'entrée en matière est acquise de plein droit

1. Bundesbeschluss zur Volksinitiative "Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeits-Initiative)"

1. Arrêté fédéral relatif à l'initiative populaire "Pas de Suisse à 10 millions ! (initiative pour la durabilité)"

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress, Art. 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, art. 1

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté



Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Über Artikel 2 stimmen wir ab, nachdem wir über den Gegenentwurf befunden haben.

2. Bundesbeschluss über eine nachhaltige Migrationspolitik (Gegenentwurf zur Volksinitiative "Keine 10-Millionen-Schweiz! [Nachhaltigkeits-Initiative]")

2. Arrêté fédéral concernant une politique migratoire durable (contre-projet à l'initiative populaire "Pas de Suisse à 10 millions ! [initiative pour la durabilité]")

Antrag der Mehrheit

Nichteintreten

Antrag der Minderheit II

(Pfister Gerhard, Fonio, Meier Andreas, Roduit)

Titel

2. Bundesbeschluss über eine nachhaltige Migrationspolitik (Gegenentwurf zur Volksinitiative "Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeits-Initiative)") vom ...

Ingress

Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, gestützt auf Artikel 139 Absatz 5 der Bundesverfassung, nach Prüfung der am 3. April 2024 eingereichten Volksinitiative "Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeits-Initiative)", nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom 21. März 2025, beschliesst:

Ziff. I Einleitung

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Ziff. I Art. 73a Titel

Nachhaltige Bevölkerungsentwicklung

Ziff. I Art. 73a Abs. 1

Der Bund trägt zur langfristigen Sicherstellung einer nachhaltigen Bevölkerungsentwicklung in der Schweiz bei.

Ziff. I Art. 73a Abs. 2

Er berücksichtigt dabei insbesondere:

- a. die Belastung der natürlichen Lebensgrundlagen;
- b. die Auswirkungen auf Infrastruktur, Sozialwerke und Wohnraum;
- c. die Bedürfnisse des Arbeitsmarkts.

Ziff. I Art. 73a Abs. 3

Um die Zielgrösse einer ständigen Wohnbevölkerung von 10 Millionen einzuhalten, sorgt der Bundesrat bei Überschreitung von 9,5 Millionen für geeignete Massnahmen. Bei der Ermittlung dieses Schwellenwerts bleibt die Zuwanderung aufgrund humanitärer Verpflichtungen unberücksichtigt. Der Bund trifft insbesondere folgende Massnahmen:

- a. Ausrichtung der Zuwanderung auf den Bedarf an Arbeitskräften;
- b. Förderung der Integration von Zugewanderten am Arbeitsplatz, bessere Ausschöpfung des inländischen Arbeitskräftepotentials;
- c. Raumplanerische und infrastrukturelle Massnahmen zur Begrenzung des Ressourcenverbrauchs unter Berücksichtigung der regionalen Disparitäten.

Ziff. I Art. 73a Abs. 4

Sollte sich weisen, dass die Zielgrösse nicht eingehalten werden kann, ohne die Zuwanderung aus dem europäischen

AB 2025 N 1885 / BO 2025 N 1885

Freizügigkeitsraum zu beeinflussen, nimmt der Bundesrat mit der Europäischen Union Verhandlungen auf mit dem Ziel, eine verbindliche Bestimmung im Rahmen des Abkommens über die Freizügigkeit zu vereinbaren, welche dessen bestehende Schutzmechanismen ergänzt und eine nachhaltige Steuerung der Zuwanderung ermöglicht.

Ziff. II

Dieser Gegenentwurf wird Volk und Ständen zur Abstimmung unterbreitet. Sofern die Volksinitiative "Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeits-Initiative)" nicht zurückgezogen wird, wird er zusammen mit der Volks-



initiative nach dem Verfahren gemäss Artikel 139b der Bundesverfassung Volk und Ständen zur Abstimmung unterbreitet.

Proposition de la majorité

Ne pas entrer en matière

Proposition de la minorité II

(Pfister Gerhard, Fonio, Meier Andreas, Roduit)

Titre

2. Arrêté fédéral concernant une politique migratoire durable (contre-projet à l'initiative populaire "Pas de Suisse à 10 millions ! (initiative pour la durabilité)") du ...

Préambule

L'Assemblée fédérale de la Confédération suisse, vu l'article 139 alinéa 5 de la Constitution, vu l'initiative populaire "Pas de Suisse à 10 millions ! (initiative pour la durabilité)" déposée le 3 avril 2024, vu le message du Conseil fédéral du 21 mars 2025, arrête :

Ch. I introduction

La Constitution est modifiée comme suit :

Ch. I art. 73a titre

Développement durable de la population

Ch. I art. 73a al. 1

La Confédération contribue à assurer, à long terme, un développement durable de la population en Suisse.

Ch. I art. 73a al. 2

Elle prend en compte, notamment :

- a. les atteintes aux ressources naturelles ;
- b. les effets sur l'infrastructure, le système de sécurité sociale et le marché du logement ;
- c. les besoins du marché du travail.

Ch. I art. 73a al. 3

Pour respecter la valeur cible d'une population résidente permanente de 10 millions, le Conseil fédéral prend des mesures adéquates lorsque la barre des 9,5 millions est dépassée. L'immigration résultant d'engagements humanitaires n'est pas prise en compte dans le calcul de cette valeur seuil. La Confédération prend en particulier les mesures suivantes :

- a. orientation de l'immigration sur le besoin de main-d'oeuvre ;
- b. encouragement de l'intégration des personnes immigrées sur le lieu de travail, meilleure exploitation du potentiel de la main-d'oeuvre indigène ;
- c. mesures d'aménagement du territoire et d'infrastructures pour limiter l'utilisation des ressources en tenant compte des disparités régionales.

Ch. I art. 73a al. 4

S'il apparaît que la valeur cible ne peut pas être respectée sans influencer l'immigration de l'espace de libre circulation européen, le Conseil fédéral entame des négociations avec l'Union européenne afin de convenir d'une disposition contraignante qui complète les mécanismes de protection existants de l'accord sur la libre circulation des personnes et permet une gestion durable de l'immigration.

Ch. II

Le présent contre-projet sera soumis au vote du peuple et des cantons. Il sera soumis au vote en même temps que l'initiative populaire "Pas de Suisse à 10 millions ! (initiative pour la durabilité)", si cette initiative n'est pas retirée, selon la procédure prévue à l'article 139b de la Constitution.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 25.026/31273)

Für den Antrag der Mehrheit ... 161 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit II ... 30 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Da der Rat nicht auf den Gegenentwurf eingetreten ist, kommen wir nun auf Artikel 2 der Volksinitiative zurück.



1. Bundesbeschluss zur Volksinitiative "Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeits-Initiative)"

1. Arrêté fédéral relatif à l'initiative populaire "Pas de Suisse à 10 millions ! (initiative pour la durabilité)"

Art. 2

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit I

(Schmid Pascal, Addor, Fischer Benjamin, Glarner, Hess Erich, Knutti, Riner, Rutz Gregor, Steinemann)
... die Initiative anzunehmen.

Antrag der Minderheit II

(Pfister Gerhard, Fonio, Meier Andreas, Roduit)

Abs. 1

Sofern die Volksinitiative nicht zurückgezogen wird, wird sie zusammen mit dem Gegenentwurf "Bundesbeschluss über eine nachhaltige Migrationspolitik" Volk und Ständen nach dem Verfahren gemäss Artikel 139b der Bundesverfassung zur Abstimmung unterbreitet.

Abs. 2

Die Bundesversammlung empfiehlt Volk und Ständen, die Initiative abzulehnen und den Gegenentwurf anzunehmen.

Art. 2

Proposition de la majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité I

(Schmid Pascal, Addor, Fischer Benjamin, Glarner, Hess Erich, Knutti, Riner, Rutz Gregor, Steinemann)
... d'accepter l'initiative.

Proposition de la minorité II

(Pfister Gerhard, Fonio, Meier Andreas, Roduit)

A1. 1

Si l'initiative populaire n'est pas retirée, elle sera soumise au vote du peuple et des cantons en même temps que le contre-projet (arrêté fédéral concernant une politique migratoire durable) selon la procédure prévue à l'art. 139b de la Constitution.

A1. 2

L'Assemblée fédérale recommande au peuple et aux cantons de rejeter l'initiative et d'accepter le contre-projet.

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Der Antrag der Minderheit II (Pfister Gerhard) ist durch das Nichteintreten auf den Gegenentwurf hinfällig geworden.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 25.026/31274)

Für den Antrag der Mehrheit ... 121 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit I ... 64 Stimmen

(6 Enthaltungen)

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Da Eintreten obligatorisch ist, findet keine Gesamtabstimmung statt. Das Geschäft geht an den Ständerat.

AB 2025 N 1886 / BO 2025 N 1886